

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. in voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Bezugspreis bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saara u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Kurumburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 56b.

Die achtgrößte Anzeigenliste oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amnestie in Oberschlesien

Eine weitblickige Maßnahme

Doppelu, 1. Juli.

Die Interalliierte Kommission veröffentlicht nachstehenden Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens: Die Interalliierte Kommission gibt den Bewohnern Oberschlesiens bekannt, daß gemäß den Anordnungen der Interalliierten Kommission, die Kräfte der polnischen Insurgenten und der irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der Interalliierten Kommission ruhen, und allen nicht rechtmäßig gebildeten Formationen wird weder Autorität noch Gewalt irgendwelcher Art zustehen. Von dieser Unterwerfung bedrückt und eine Besänftigung des Grolles, sowie eine Milderung der bestehenden Massengegenstände wünschend, hat die Interalliierte Kommission beschlossen, eine Amnestie für alle ungeheuerlichen Handlungen zu gewähren, die mit einem Aufstand in Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewinnfälliger Absicht oder aus persönlicher Rachsucht oder auch aus Grausamkeit begangen wurden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle Personen ausgeschlossen, die nach einem noch bekanntzumachenden Zeitpunkt in unbesetztem Besitze einer Schusswaffe oder von Explosionsstoffen besunden werden.

In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Aktes der Milde würdig zeigen werde, sowie lest entschlossen, jeden Versuch der Störung der öffentlichen Sicherheit zu unterdrücken, fordert die Interalliierte Kommission die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und in vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Alliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Friedensvertrage von Versailles getroffen werden soll. Der Vertreter Frankreichs: P. Rond; der Vertreter Italiens: De Marinis; der Vertreter Großbritanniens: Harold Stuart.

Das große Hindernis

Der „Temp“ über die Erklärung Dr. Rosen

CC. Paris, 1. Juli.

Der „Temp“ bespricht heute die gestrigen Erklärungen des deutschen Außenministers Dr. Rosen und bezeichnet diese als nicht geeignet, die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen zu beschleunigen. Die französische Regierung werde sich nicht dazu hergeben, daß Deutschland England gegen Frankreich ausspielen dürfe. Die Erklärungen der Vergangenheit sollten Dr. Rosen zeigen, daß dieses Spiel nicht weit führen werde. Wenn man die Anregungen geben wolle, die den Obersten Rat zur Aufhebung der Sanktionen veranlassen sollen, so hofft man, daß die französische Regierung diese Frage nicht auf die Tagesordnung legen lassen werde. Die Erklärungen Dr. Rosens erscheinen deshalb unvollständig, weil er in ihnen nicht mitgeteilt hat, daß am vergangenen Dienstag Briand dem deutschen Botschafter in Paris gesagt habe, er habe darauf verwiesen, daß die Sanktionen im März beschlossen worden seien, um zu den folgenden Ergebnissen zu führen:

1. Regelung der Reparationsfrage. Was diese betrifft, so entspreche das Kabinett Briand den an ihn gestellten Anforderungen.
2. Entlassung. Diese sei noch nicht vollständig durchgeführt. Es hänge von Deutschland ab, daß sie beschleunigt und auf die rascheste Weise beendet werde.
3. Bekräftigung der Kriegsschuldigen. Diese sei augenblicklich im Gange, und Frankreich warte auf die Ergebnisse. Endlich habe Briand auch dem deutschen Botschafter dargelegt, daß die heftigen Angriffe, denen das Kabinett Briand ausgesetzt sei, sowie die Unbeständigkeit, in der sich dieses Ministerium befinde, die Aufhebung der Sanktionen für den Augenblick verhindern. Der „Temp“ bedauert es im Interesse Deutschlands, daß Dr. Rosen über diese Mitteilungen des Ministerpräsidenten nur unvollständige Aufschlüsse gegeben habe.

Die Wiedergutmachung

Paris, 1. Juli.

Das Nationale Aktionskomitee für vollständige Reparation der Kriegsschäden veröffentlicht einen Bericht, in dem u. a. gesagt wird: Das Aktionskomitee hat an die öffentlichen Gewalten die dringende Aufforderung gerichtet:

1. die Abschätzung der Schäden und die endgültige Entscheidung darüber zu beschleunigen, damit über den Entschädigungsbetrag endgültig Klarheit geschaffen wird;
2. von Deutschland Naturalieferungen (Materialien, Rohstoffe, Waren) anzunehmen, wenn durch diese Lieferungen der Wiederaufbau beschleunigt wird. Dabei sollen die Verschleiss-tage der Jahreszahlungen in Metall- oder Papiergeld nicht abgemindert werden;
3. wenn nötig, nach Verhandlung mit den örtlichen Behörden als Reparation auch deutsche Arbeitskräfte anzunehmen, deren

Verteilung und Verteilung sich unter der Kontrolle der zuständigen Behörde vollziehen soll.

Paris, 1. Juli.

Die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen sind heute fortgesetzt worden. „Temp“ teilt mit, daß man in der Preisfrage sich der im Artikel 8 des Londoner Zahlungsstatutes schon angedeuteten Grundlage nähert. Die Preise würden durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden, die sich zusammensetzen soll aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter, der im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In bezug auf die Zahlungsfristen und die Zahlungsart sei ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine möglichst lange Periode zu streifen.

Der deutsche Militarismus

Wo bleiben deine Steuern?

Unter der Ueberschrift „Deutschlands Rüstungsausgaben und Wehrmacht 1913 und 1921“ veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ folgende Tabelle:

1. Ausgaben 1913:	
für Heer	1 497 480 706 Mark (Gold)
„ Marine	417 713 840 „
Zusammen 1 915 213 546 Mark (Gold)	
Kopfstärken 1. Oktober 1913:	
Heer	787 425 mit Offizieren
Marine	72 889 „
Zusammen 860 314 mit Offizieren	
2. Ausgaben für 1921:	
Heer und Marine	235 477 049 Mark (Gold)
(einschl. Minenräumen)	
Kopfstärken ab 1. Oktober 1921:	
Heer	100 500 mit Offizieren
Marine	15 000 „
Zusammen 115 500 mit Offizieren	

Der Zweck dieser Zusammenstellung ist offensichtlich der, durch Umrechnung der jetzigen Ausgaben für die Reichswehr auf Goldmark und durch den Vergleich der geringen Stärke der Reichswehr mit dem kaiserlichen Heer den enormen Abbau des deutschen Militarismus zu kennzeichnen. Daß eine Einschränkung stattgefunden hat — allerdings nicht freiwillig, sondern unter dem Zwang des Friedensvertrages — unterliegt keinem Zweifel. Aber die Tabelle der „Kreuz-Zeitung“ ist unvollständig, da sie nur die 3/4 Milliarden für die Reichswehr berücksichtigt und die Tatsache unterschlägt, daß die Aufwendung für die Schutzpolizei, die doch auch ein Bestandteil des deutschen Militarismus ist, allein in Preußen 3 Milliarden, im ganzen Reich aber etwa 5 Milliarden verschlingt. Die hier für 1921 angeführten Zahlen müßten also um das Zwei- bis Dreifache erhöht werden.

Andererseits kann man der „Kreuz-Zeitung“ Dank wissen, daß sie durch den Hinweis auf die gewaltigen Aufwendungen für Heer und Marine im kaiserlichen Deutschland das gedächtniswürdige deutsche Volk daran erinnert, wo die Quelle seines jetzigen Elends liegt. Fast zwei Milliarden Goldmark wurden im Jahre 1913 für den Militarismus und Marinismus verschleudert, während fast eine Million Mann der produktiven Arbeit entzogen wurden, die wie ein Alp auf der gesamten Volkswirtschaft lasteten und durch ihre Existenz die Rüstungen in der ganzen Welt steigerten und die Kriegsgefahren verstärkten. Die Erinnerung an jene Zeit kann die große Masse des werktätigen Volkes nur in dem Gedanken bestärken, die Wiederkehr dieser „alorreichen“ Zeit mit allen Mitteln zu hintertreiben und auch die Ueberreste des kaiserlichen Militarismus mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die bestehenden militärischen Formationen, die der ruinierten Volkswirtschaft die letzten Säfte aussaugen, als überflüssig und schädlich bezeichnet werden. Nicht darauf kommt es an, daß jetzt, gemessen an den Verhältnissen des Jahres 1913, weniger Mannschaften unter Waffen stehen und geringere Summen als damals für den Militarismus aufgewendet werden, es kommt vielmehr darauf an, daß auch jetzt zehntausende gesunder kräftiger Männer der schaffenden Arbeit entzogen, zum Nichtstun, zu militärischen Spielereien und nationalistischen Phantastereien verurteilt werden, und daß das unter unerhöht hohen Steuern fast zusammenbrechende deutsche Volk Milliarden über Milliarden für den Luxus des neudeutschen Militarismus aufbringen muß.

Arbeiterentlassung in Bremen. Auf der Werft der A. G. Weser in Bremen kamen in den letzten Tagen 900 bis 1000 Arbeiter zur Entlassung wegen nicht mehr ausreichender Aufträge. Die angelegte Streckung der Arbeit, die auf große Schwierigkeiten stößt, bildet noch Gegenstand von Verhandlungen.

Die nationalistische Gefahr

Wie zu erwarten war, hat der Reichstag einmütig die Sanktionspolitik der Entente abgelehnt, und auch der Redner unserer Fraktion hat es sich angelegen sein lassen, die Unerträglichkeit und die rechtliche Unzulässigkeit der auf Grund der Londoner Beschlüsse verhängten Maßregeln darzutun. Aber wir haben uns wohl gehütet, den Lokrufen zu folgen, mit den bürgerlichen Parteien eine sogenannte nationale Einheitsfront zu bilden. Die sachliche Uebereinstimmung in der Kritik der französischen Gewaltpolitik konnte uns nicht veranlassen, unsere Angriffe gegen die deutschen Nationalisten zurückzustellen. Genosse Breitscheid hat ihnen nichts geschenkt.

Es tritt ja auch in diesem Falle wieder sonnenklar zutage, wie der Chauvinismus drüben und der Nationalismus haben sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Da der nationale Blod in Frankreich keine ausreichenden Gründe besitzt, an den Sanktionen festzuhalten, sucht er nach Vorwänden. Die deutschen Rechtsparteien säumen nicht, sie ihm zu liefern. Da sie die Regierung, die das Ultimatum unterzeichnet hat, des Landesverrats beschuldigen und die sogenannte nationale Parole zu ihrem Sturz benutzen wollen, geben sie den Franzosen die Möglichkeit, mit einem Schein von Recht zu behaupten, daß es mit dem ehrlichen Willen Deutschlands noch sehr windig bestellt sei, und daß man es deshalb einstweilen noch unter dem Druck der Zwangsmittel halten müsse. Diese Argumentation der Gegner ist ein demagogisches Manöver, aber die Demagogie der einen nährt sich an der Demagogie der anderen.

Wenn man nun weiter bedenkt, daß durch die Ablehnung des Ultimatus dasselbe Unheil, das wir heute in der Rheinprovinz beklagen, über größere Bezirke des Deutschen Reichs gebracht worden wäre, so erscheint die Entrüstung unserer Patrioten in einem noch merkwürdigerem Licht. Was würden sie denn zur Abwehr der Unterdrückung getan haben und haben tun können, wenn sie an die Macht gekommen wären? Und was vermöchten sie zu leisten, wenn sie heute an die Stelle des gegenwärtigen Kabinetts träten?

Sie haben im Reichstag wieder einmal stolze Worte gebraucht. Sie haben nach dem starken Mann gerufen, Taten statt Worte verlangt, aber wie immer bei solchen Gelegenheiten sind sie uns vollständig die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, worin denn die von ihnen begehrt Handlungen bestehen sollen und welches die Mittel sind, die uns von dem dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft angelegten Fesseln befreien können.

Natürlich wissen sie ebensogut wie wir, daß jeder Versuch, auf anderem als friedlichem Wege zu einer günstigen Lösung zu gelangen, zum Fehlschlagen verurteilt ist, aber es geht ihnen nur darum, die Not des deutschen Volkes für ihre parteipolitischen Interessen auszunutzen. Sie möchten die Regierung zu Fall bringen, weil sie ihnen des Republikanismus und der demokratischen Gesinnung verdächtig ist, noch mehr, weil sie sich von ihr einer Steuerpolitik verhehen zu müssen glauben, die keine unbedingte Rücksicht auf die bestehenden Klassen nimmt, und da sie die Jugtrast der nationalen Schlagworte bei den minderbegabten Massen kennen, verbergen sie ihre egoistischen Absichten hinter der Kulisse der Vaterlandsliebe.

Auf der anderen Seite machen ihre französischen Gegenspieler ganz ähnliche Züge. Sie führen die Sicherheit Frankreichs im Munde, behaupten, Deutschland zur Innehaltung seiner Verpflichtungen zwingen zu wollen, arbeiten aber in Wirklichkeit nur auf Prestige oder vertreten die Interessen einiger Exportkapitalisten, die die Verlegung der Zollgrenze und die Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligungen zum besetzten Rheinland benutzen, um ihre Waren nach Deutschland abzuführen zu können. Der wirtschaftliche Vorteil Frankreichs läge in einem wirklich starkem und leistungsfähigen Deutschland. Die Einfuhr von Luxuswaren aber verschlechtert unsere Baluta und verringert die Möglichkeit, die eingegangenen Verpflichtungen innezuhalten. Die Kosten der Besatzung belasten unseren Etat ungeheuer, und die Fortsetzung einer solchen Politik kann zwar einer kleinen Gruppe vorübergehend Vorteile bringen, Frankreich in seiner Allgemeinheit aber wird auf die Dauer durch sie aufs schwerste geschädigt.

Während die französische Regierung auf der einen Seite sehr wohl erkennt, daß ein reaktionäres Deutschland am wenigsten Garantien für die Erfüllung des Friedensvertrages bieten kann, läßt sie sich unter dem Druck ihrer Chauvinisten zu Maßnahmen hinreißt, die nur allzu geeignet sind, die Stellung der Gegner der Republik in Deutschland zu stärken. So zieht man haben und drüben an demselben Strang, und die arbeitenden Klassen in beiden Ländern haben zuletzt die Kosten zu tragen. Der internationale Nationalismus — so nannte Breitscheid gestern die gewollte oder ungewollte Zusammenarbeit der Machtpolitiker in allen Ländern — birgt die größten Gefahren für die ruhige Entwicklung und Sicherheit Europas. Er ist auch in erster Linie verantwortlich dafür, daß wir uns in Deutschland in dem Dauerzustand einer schleichenden Regierungskrisis befinden, er treibt uns innenpolitisch wie außenpolitisch in immer neue Kämpfe hinein.

Man muß sich eigentlich wundern, daß die Rechtsparteien nicht auch diese Gelegenheit benützt haben, im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einzubringen. Aber sie haben auf diese Weise wohl nur verzichtet, weil sie ihre Stunde noch nicht für gekommen erachteten. Die Gelegenheit wird eintreten, wo sie ihre patriotischen Beschwerden aufs neue vorbringen. Aber die Arbeiterschaft wird stets zur Stelle sein, um ihre wahren Beweggründe zu ent- hüllen; sie läßt sich, wie immer ihre Stellung zur einzelnen Regierung sein mag, jedenfalls nicht vor den Wagen nationalistischer Beutemacher spannen.

Fünfzehn knifflige Fragen an Schiffer

Genosse Rosenfeld hat folgende Anfrage an die Regierung gestellt:

1. Ist Herr Traugott von Jagow gesund oder ist er nicht gesund?
2. Ist gegen die Ärzte, deren für Herrn v. Jagow ausgestellte Zeugnisse offenkundig nicht der Wahrheit entsprechen, ein Verfahren eingeleitet worden?
3. Wann ist der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow erlassen worden?
4. Kann darüber Auskunft erteilt werden, weswegen es im Gegensatz zu der heute leider bestehenden Praxis unterblieben ist, den Haftbefehl auch auf Kollisionsverdacht auszuweihen, da keiner der Kaspisten verhaftet ist und sie alle die Möglichkeit haben, solange sie in Freiheit gelassen werden, sich miteinander zu verständigen?
5. Von wann datiert der Beschluß, daß der Haftbefehl gegen Kaution nicht vollstreckt werden soll?
6. Wer trägt die Verantwortung für diesen Beschluß?
7. Sind der Regierung andere Fälle bekannt, in denen ein Haftbefehl aus den im Falle des Herrn von Jagow als ausreichend anerkannten Gründen nicht vollstreckt worden ist?
8. Welche Versuche sind in der Zwischenzeit gemacht worden, um den Haftbefehl zur Vollstreckung zu bringen?
9. Welche behördlichen Maßnahmen sind ergriffen worden, um den Aufenthalt des Herrn v. Jagow wenigstens jetzt, nach der Einstellung des Haftbefehls zu ermitteln?
10. Ist der Verteidiger des Herrn von Jagow aufgefordert worden, den Aufenthalt seines Klienten anzugeben, oder weswegen ist diese einfache Art, den Aufenthalt eines Beschuldigten zu ermitteln, nicht versucht worden?
11. Hat der Verteidiger sich zugleich als Zustellungsbevollmächtigter seines Klienten legitimiert, wenn und solange dessen Adresse der Behörde unbekannt blieb?
12. Sind Vorladungen an die Adresse des Herrn von Jagow direkt ergangen oder auf dem Umweg über seinen Zustellungsbevollmächtigten?
13. Aus welchem Grunde hat Herr von Jagow dieser Vorladung nicht Folge geleistet?
14. Aus welchem Grunde ist die Versäumniserklärung der gestellten Kaution unterblieben, für den Fall, daß Herr von Jagow nicht der Vorladung Folge geleistet hat?
15. Welche Belohnung ist auf die Ermittlung des Herrn von Jagow ausgesetzt worden?

Wir können diesen 15 Fragen noch eine neue, die 16. anfügen. Wie kommt es, daß Herr von Jagow am Freitag vormittag im Tiergarten einen Morgenpaziergang machen konnte, obwohl dem Reichsjustizminister Dr. Schiffer der Aufenthalt Jagows seit Donnerstag, den 30. Juni, vormittags 10 Uhr 30, ganz genau bekannt war? Herr Schiffer, wie kommt das?

Das Poffenspiel

Der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht an der Spitze seiner gestrigen Abendausgabe eine neue Zuchtschrift des Herrn von Jagow. Dieser stellt noch einmal fest, daß er seit März 1920 nicht einen Tag krank war. Das Reichsgericht habe am 26. März 1921 festgestellt, daß Fluchtverdacht ausgeschlossen sei und daß auch keine Verdunkelungsgefahr bestehe. Von keiner Krankheit sei nie ein Wort gesprochen worden, das widerspreche ja auch seiner eigenen Gesundheitsfeststellung. Auch die Behauptung des Justizministers, der Aufenthalt des Herrn von Jagow sei ihm nicht bekannt, sei un wahr. Herr von Jagow habe vielmehr erst am 3. Mai in Leipzig zu Protokoll gegeben: Ich wohne in Potsdam, Bergerstraße 7. Weiter macht Herr Jagow darauf aufmerksam, daß er zwar nicht gewillt sei, sich der Untersuchungshaft zu stellen, jedoch habe er nie den Versuch gemacht, sich dem Verfahren zu entziehen, denn Flucht komme für ihn nicht in Betracht. Schließlich stellt Herr Jagow noch fest:

„Die 13monatige Verbannung eines Haftbefehls gegen mich, obwohl objektiv nie Flucht oder Kollusion in Betracht kam, habe ich wie Kleinstjustiz empfunden; ich bin aber weit entfernt, solche zu behaupten.“

In einer Anmerkung macht sich dann der „Lokal-Anzeiger“ über die „Unauffindbarkeit“ Jagows lustig; seine Adresse sei, so schreibt das Blatt, doch auch dem Fernsprecher teilnehmender Zeichen für Berlin und Potsdam zu entnehmen gewesen.

Zu diesem Poffenspiel ist eigentlich nichts mehr zu bemerken. So trefflich ist die Justiz noch nie entlarvt und gebrandmarkt worden, wie durch den Herrn von Jagow. Einen so famosen Justizminister, wie den Herrn Dr. Schiffer, hat es ebenfalls noch nie gegeben, auch unter Wilhelm Hohenzollern nicht. Aber es wurde auch noch nie so schamlos das Recht gebückt!

Es lebe der Henker!

Ein „Eieg“ der Reaktion im Landtag

Gestern wurde im preussischen Landtag der Justizetat verabschiedet. Eine Reihe von Anträgen, die eine geringe Verbesserung des Strafvollzuges bringen, wurde angenommen. Alle anderen Anträge, die eine ernsthafte Reform des Strafrechts anstrebten, wurden hingegen abgelehnt. Darunter auch der Antrag unserer Fraktion, der einen ständigen Ausschuß zur Überwachung der Zuchthäuser, Gefängnisse und Internierungslager forderte und darüber hinaus an das Staatsministerium das Ersuchen stellte, bei der Reichsregierung mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Reichsverfassung, das Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozeßordnung nach folgenden Richtlinien abändert: a) Wahl der Richter beim Reichsgericht durch den Reichstag, aller übrigen Richter durch Volkswahl gemäß dem Wahlrecht zum Reichstage; b) Abschaffung der Staatsanwaltschaften und Übertragung ihrer Geschäfte an die Richter; c) die den Urteilen der Gerichte vorausgehenden Beratungen in öffentlicher Sitzung abzuhalten; d) in keiner vor den Schöffengerichten oder vor einem Sondergericht stattfindenden Verhandlung die Anwendung des § 244 der Strafprozeßordnung auszuscheiden. Dieser Antrag hätte die Möglichkeit geboten, eine Veränderung in der Rechtsprechung herbeizuführen. Deshalb wurde er auch abgelehnt.

Von unserer Fraktion war ferner der Antrag gestellt worden: die Todesstrafe wird abgeschafft. Einen ähnlichen Antrag hatten die Kommunisten eingebracht, später stellten die Rechtssozialisten den gleichen Antrag. Der Präsident Leinert wußte es zu drehen, daß die Abstimmung über den rechtssozialistischen Antrag zuerst vorgenommen wurde, so daß sich dann die Abstimmung über die beiden anderen Anträge erübrigte. Das führte zu einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte, die für den Präsidenten und die Rechtssozialisten wenig schmeichelhafte Zwischenrufe auslöste. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 133 gegen 175 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Das Zentrum und auch ein Teil der Demokraten, sowie die bürgerlichen Parteien stimmten gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Das Zentrum, das durch seine Haltung den Antrag zu Fall brachte, wurde von der linken Seite des Hauses mit Schmährufen überhäuft, die nicht ganz unangebracht waren. Genügt haben diese Zwischenrufe freilich nichts. Ein großer Teil der Zentrumsgesandten und die gesamte Rechte wählten sich vor Laichen. Dieses Laichen ist eine gute Illustration für jene Art von Christentum, welches durch diese Herrschaften vertreten wird.

Hilfe für Oberschlesien

Große Teile der ober-schlesischen Bevölkerung sind durch den Polen einfall in bittere Not geraten. Von allen Seiten werden deshalb Sammlungen vorgenommen. Jetzt wendet sich nun auch der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und dem Deutschen Beamtenbund mit einem Aufruf für das ober-schlesische Hilfswerk an die Öffentlichkeit. Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden aufgefordert, die Not der ober-schlesischen Schwestern und Brüder durch Spenden zu lindern. Das Internationale Rote Kreuz soll das Hilfswerk durchführen, die Geld-, Kleidungs- und Lebensmittel übernehmen und mit Hilfe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und des Bundes der deutschen Grenzmarkenschutzhelfer an die notleidende Bevölkerung verteilen. Abmachungen, die Gewähr dafür bieten, daß die einlaufenden Gelder richtig verteilt werden, sollen getroffen werden sein.

Wir haben gegen den Aufruf sehr starke Bedenken. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Bund der deutschen Grenzmarkenschutzhelfer sind ausgesprochene reaktionäre Organisationen, die ganz in national-istischem Fahrwasser segeln und insbesondere den wilden Orgeschwern, die in Oberschlesien der deutschen Sache großen Schaden zugefügt haben, Vorschub leisteten und ihr unverantwortliches Treiben begünstigten. Darüber hinaus stehen die Dinge so, daß für Oberschlesien bisher schon unheimlich viel Geldmittel aufgebracht worden sind, ohne daß eine Gewähr für die richtige Verwendung gegeben war. Es herrscht in Oberschlesien eine nahezu beispiellose Korruption. Niemand weiß, wieviel unsaubere Hände sich in den aufgebrauchten Geldern waschen. Charakteristisch für diese Korruption ist es, daß in einem Ausschuß des preussischen Landtags selbst ein bekannter Zentrumsgesandter äußerte, er habe leihweise für das ober-schlesische Hilfswerk 300 Mark spenden wollen, dann aber seinen Entschluß wieder zurückgezogen, weil er eingeschlossen habe, daß es unverantwortlich wäre, Geld zu spenden, solange man keinerlei Gewähr für eine ordnungsmäßige Verwendung und für eine geregelte Kontrolle habe.

Was hier geschildert wird, hätte auch dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund nicht entgehen dürfen. Die Arbeiter haben daher allen Grund, sich an dieser Sammlung nicht zu beteiligen. Wenn sie ihren ober-schlesischen Arbeitsbrüdern Hilfe bringen wollen — und wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß das geschehen muß —, dann brauchen die Arbeiter keine bürgerlichen Mittelorganisationen, sondern sie können das Geld durch die Vermittlung der ober-schlesischen Gewerkschaften direkt an die wirklich notleidenden Arbeitsbrüder abführen.

Die erhöhten Getreidepreise beschlossen

Nachdem in der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages am Freitag eine überaus unzulängliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen war, wandte sich der Ausschuß zu der Beratung der neuen Preise für das Umlagegetreide. Hatten die bürgerlichen Parteien vorher eine Erhöhung der Ausgaben des Reiches als unmöglich bekämpft, so wurden sie jetzt mit einem Schlage freigebig. Die Regierung forderte in ihrer Vorlage eine Erhöhung der Preise von durchschnittlich 50 Prozent. Erst in der Sitzung aber hielt sie es für nötig, einige völlig unzulängliche Unterlagen zur Beurteilung der Notwendigkeit der Preisserhöhung vorzulegen. Sie wußte sich der Annahme ihrer Vorlage sicher, denn bei den bürgerlichen Abgeordneten regte sich auch nicht das leiseste Bedürfnis, zu dieser Frage überhaupt das Wort zu nehmen. Sie waren von den Vorschlägen der Regierung so befriedigt, daß sie nur von dem einen Wunsch besesselt waren, die Verordnung der Regierung möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen.

Ihre Absicht war es deshalb, möglichst jede Erörterung zu vermeiden, und es erregte mehrfach ihren Zorn, daß die unabhängigen Abgeordneten dieser Absicht mit Entschiedenheit entgegentraten. Sie richteten eine Reihe von Fragen über die Untersuchungsmethoden der Indextkommission an die Regierungsvor- treter, die von diesen zögernd und unzulänglich beantwortet wurden. Herr Hermes schweig zunächst vollständig. Aber auch ihm wurde die Zunge gelockt, als Genosse Herz auf die offenkundigen Fesseln in den Berechnungen der Indextkommission hinwies, die in Aussicht stehenden Milliardengewinne für die Landwirt- schaft kritisierte und den Antrag stellte, daß für das Umlage- getreide nur Preise in Höhe der Produktionskosten festgelegt werden. Er stellte dabei fest, daß nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft, sondern auch die christlichen Arbeiterführer in einer Unterredung mit Hermes die von der Regierung in Aussicht genommenen Preise für zu hoch erklärt und Ermäßigung gefordert hatten.

Diese Wünsche der christlichen Arbeiter aber fanden bei den Zentrumsvorstreitern keine Unterstützung, auch nicht bei dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, dem Abg. Wieber, der sich nicht im geringsten zum Fürsprecher der Wünsche seiner Gefinnungsgenossen machte.

Im Verlaufe der weiteren Erörterungen, die sich ausschließlich zwischen Genossen Herz und dem Minister Hermes abspielten, kam es zu einer recht bemerkenswerten Szene. Gegenüber dem Hinweis von Hermes, die Festsetzung der hohen Preise entspreche durchaus dem Interesse der Verbraucher, entgegnete Herz, es gäbe ja eine sehr einfache Art, die Meinungen der Verbraucher einwandfrei festzustellen. Da der Reichstag das Gesetz über den Volksentscheid beschlossen habe und die nationalen Parteien die Absicht hätten, das Volk entscheiden zu lassen über die Frage der Erhöhung der Getreidepreise zu verbinden. Darab ver-

legenes Gelächter bei den bürgerlichen Parteien. Herz fuhr dann aber fort: Um die Abstimmung technisch zu vereinfachen, empfehle er weiter, die Abstimmung über beide Fragen miteinander zu verbinden. Das könne ja in der Weise geschehen, daß die Abstimmung für die Schwarzweihrote Zähne als eine Abstimmung für die hohen Getreidepreise gelte und die für die Schwarzrot- goldene Zähne als die Abstimmung für die niedrigen Getreidepreise. Während jetzt große Heiterkeit bei den sozialistischen Parteien entstand, gab es bei den bürgerlichen Parteien ver- dutzte Gesichter!

Um seinen schmachlichen Unfall zu verdecken, hatte der Zentrumsvor- streiter Wieber eine Entschliegung eingebracht, die die Regierung aufforderte, dafür zu sorgen, daß der künftige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens um 40 Prozent übersteigt. Diese Entschliegung ist natürlich nur weiße Seife, da die Regierung ja neulich schon erklärt hat, daß die Erhöhung um 50 Prozent bereits beschlossen sei, und da die Durchführung dieser Entschliegung auch bedeuten würde, daß die Regierung die Zuschüsse nicht abbaut, sondern erhöht.

Bei der Abstimmung wurden die von der Regierung vorge- schlagenen Preise gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen. Triumphierend zogen die Agrarier von dannen, wiederum hatten sie fast zwei Milliarden Mark für ihren Geld-beutel gerettet.

Radef schwingt die Peitsche

DA. Riga, 1. Juli.

Die Diskussion über den Bericht Sinowjews, die unter dem Vorsitz Koenens vonstatten ging, brachte das Aufeinander- prallen der Meinungen, das längst erwartet worden war. Radef- jahns von der Opposition trat gegen Sinowjew auf, ins- besondere gegen dessen Behauptung, daß sich an der Märzaktion in Mitteldeutschland eine halbe Million Arbeiter (?) beteiligt habe. Während des Höhepunktes der Aktion hätten sich hoch- geschätzt 200 000 Arbeiter am Generalstreik beteiligt. Radef- jahns betonte scharf, daß Levi und seine Anhänger allein die Schuld an dem Scheitern der Märzaktion trügen. Radef hielt eine von heißer Ironie erfüllte Rede, in der er erklärte, er sei erstaunt, daß nach so vielem Geschrei so wenig politische Anklagen gegen die Exekutive der 3. Internationale vorge- bracht werden könnten. Er sei mit der Erwartung zum Kongress gegangen, daß die Genossen Westeuropas dieses Scheitern Exekutive in die Wollschucht werfen würden. Selbst die beiden auf die Forderungen der Opposition der B. K. P. D. entsandten Genossen hätten es unterlassen, mit der Exekutive wegen der Anzeihung des Märzputches in Deutschland abzurech- nen. Ein erhobener Stimme fragt Radef: „Was haben Ihr mit Euren Namen gedacht, als Levi die Exekutive als eine Handvoll Abenteuerer hinstellte? Eure erste Pflicht war es, zu sagen, daß jede Solidarität mit einem Levi ein Fehler war! Das habt Ihr nicht getan!“ Zum Schluß forderte Radef die Opposition der B. K. P. D. auf, den Ausschluß Levi noch nachträglich gut- zuheißen.

Das Moskauer Scherengericht

Die oppositionelle Gruppe in der B. K. P. D., die nach einem Rest von Bernunft und Verantwortlichkeitsgefühl behalten hat, setzte bekanntlich ihre Hoffnung darauf, daß der Moskauer Kongress der kommunistischen Internationale den Abgrund erkennen würde, in den die Putschpolitik der verstorbenen Zentrale die kom- munistische Bewegung in Deutschland gestürzt hat. Diese Hoff- nung war reichlich naiv, denn die Sinowjew, Radef und Konfor- ten, die durch ihre „Turfestener“ die Bewegung in Deutschland „voranzutreiben“ suchten, konnten, selbst wenn sie aus tatsächlichen Gründen gewollt hätten, ihre Stipendiaten in Deutschland nicht im Stich lassen.

Das zeigt sich nun deutlich auf dem Moskauer Kongress. Ob- wohl die westpolitischen Betrachtungen der kommunistischen Füh- rer, vor allem Trozki, ebt gedämpft sind und den früheren weltrevolutionären Optimismus vermissen lassen, wird auf partei- taktischem Gebiet die alte Linie der Zertrümmerung, Spaltung und Achtung beibehalten. So heißt es in den Thesen über die Taktik, die von der russischen und deutschen Delegation gemeinsam eingebracht wurden, über die Opposition in der B. K. P. D.:

„Die Gruppe Levi, die die Disziplin der Partei brach, indem sie aus der Zentrale der B. K. P. D. eigenmächtig austrat, um gegen die angebliche lefteristische Politik der Exekutive zu demonstrieren, entpuppte sich während der Märzkämpfe als ein Führerklüngel, der seine Klugeleien über die Bedingungen einer Massenaktion nicht nur lefteristisch der kommunisti- schen wirklichen Massenbewegung entgegenstellte, sondern in seinem lefteristischen Festhalten an dem, was ihn von der revo- lutionären Masse trennte, in seiner zentralistischen Unfähigkeit zum Kampfe, diesem Kampfe in den Rücken fiel und zum Teil — Levi — ihn direkt Hand in Hand mit den Sozialdemokraten und Zentralisten verraten hat.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die übergroße Mehrheit des Kongresses diesem Urteil der Radef, Sinowjew, Thalheimer usw. beipflichtet und die oppositionelle Gruppe in der B. K. P. D., mit Levi, Däumig, Jeklin an der Spitze, auf den Scheiterhaufen wirft. Es wird sich dann bewahren, was Otto Kaus in Nr. 2 des „Sowjet“, des Organs Paul Levis, schrieb:

„Wenn die 3. Internationale die Wahrheit liebt — konzet: wenn sie Paul Levi und die deutsche Opposition nicht mit allen Ehren und unter peinlichster Er- füllung aller Forderungen, die sie zu stellen haben, aufnimmt, so hat sie sich zum Sterben hingelegt, so wird der 3. Kongress ihr letzter Kongress gewesen sein, und die Fahne des revolutionären Sozialismus wird in andere Hände übergehen. Mit der Leiche der Wahrheit auf dem Rücken kann die Revolution nicht marschieren.“

Das Ende des großen Streiks

London, 1. Juli.

Nach einer kurzen Sitzung des Vollzugsausschusses der Berg- arbeiter hat Hodges bekanntgegeben, daß die aus den einzelnen Bezirken eingelaufenen Antworten eine überwältigende Mehr- heit zugunsten der Annahme der vereinbarten Bedingungen beweisen. Daher wurde an alle Bezirke fol- gendes Telegramm geschickt: „Überwältigende Abstimmung zu- gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit. Arbeiter, kehrt unverzüglich zur Arbeit zurück.“

Nicola nimmt an. Laut den letzten Berichten aus Rom soll Nicola den Aufruf zur Rabinetsbildung angenommen haben, nachdem die sozialistischen Gruppen die Zulage erteilten, ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zu erleichtern.

Der Arbeitsplan des Landtags. Der Aeltestenrat des Preussischen Landtages einigte sich in seiner Donnerstagstagung über die neue Fassung für die Verordnungsformel der Gesetze. Es wird in Zukunft heißen: Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen. Das Gesetz wird hiermit verkündet. — Ferner beschloß man, den Sonnabend und Montag sittingsfrei zu lassen. Am Dienstag wird man mit der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Inneren beginnen. Zwei Rednerreden sollen zu Worte kommen, eine Beschränkung der Redezeit findet nicht statt.

Die U.S.P.D. und die Sanktionen

Deutscher Reichstag

Beginn der Sitzung 1 Uhr 20 Min. Löbe präsidiert.

Kleine Anfragen

Abg. Mettner (Komm.): Ist die Reichsregierung bereit, Schritte zu unternehmen, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wieder erscheinen kann, und den durch die Strafandrohung an den Drucker der Zeitung entlassenen Arbeitern den durch die Entlassung entstandenen Schaden zu ersetzen?

Ein Regierungsvertreter (auf der Tribüne schwer verständlich) antwortet, daß für die Entschädigung der entlassenen Arbeiter kein Grund vorliegt.

Abg. Mettner (Komm.): Was gedenkt die Regierung zu tun, die Vorzensur gegen die kommunistische Presse zu beseitigen? Ist sie bereit, die gegen kommunistische Blätter ausgesprochenen Verbote aufzuheben?

Ein Regierungsvertreter antwortet, es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen.

Frau Schroeder (S. P. D.): Was hat die Regierung bisher getan, um die durch die Verfassung ausgesprochene Gleichberechtigung der beiden Geschlechter und die gleichen Bedingungen für die weibliche, jeßliche und gesellschaftliche Entwicklung der unehelichen mit den ehelichen Kindern zu schaffen, und weiter, was zur Neuordnung des Ehestandsgesetzes geschehen ist?

Ein Regierungsvertreter: Hinsichtlich der Jugendfürsorge sei ein Jugendwohlfahrtsgesetz in Vorbereitung. Auch die Frage der Erleichterung der Ehescheidung werde gegenwärtig geprüft. Eine endgültige Entscheidung sei aber noch nicht getroffen.

Abg. Kuncert (U. S. P.): Legt die Regierung nicht Wert darauf, den Schulzeugenwurf noch vor den Sommerferien zu verabschieden?

Ein Regierungsvertreter: Die Regierung legt Wert darauf, den Entwurf baldigst erledigt zu sehen.

Der Gesetzentwurf zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen wird dem Ausschuss für Postgebühren überwiesen.

Debatte über den Entwurf in erster Lesung der Entwurf wegen Entschädigung und Vergütung für Schäden aus Anlaß des Krieges, sowie der Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasser-versorgungsanlagen in Mieträumen. Der Entwurf betr. die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschifffahrt und die Errichtung von kleinen Schifferverbänden wird auf Antrag Kuncert (U. S. P.) dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Beseitigung der Sanktionen

Abg. Bell (Ztr.): Der brutale Satz: „Macht geht vor Recht“ wird hier in eine starre Form der Diktatur gekleidet, die sich schlechterdings nicht mehr überleben läßt. Wenn Briand, wie er fortgesetzt versichert, Deutschland nicht vernichten will, dann muß er Ernst machen und die Sanktionen aufheben. Wir wollen die Atmosphäre des Hasses verdrängen durch eine fruchtbarere Temperatur für den dauernden Verständigungsfrieden.

Abg. Kellert (Dnat.): Wann wird endlich die Regierung die Entente daran erinnern, daß sie alle Freiheiten aufhebt? Statt mit der Aufhebung der Sanktionen beschäftigten französische Kreise sich mit der Frage der Verschärfung. Wenn die Entente glaubt, durch Aufrechterhaltung der Sanktionen den Einfluß der Rechtsparteien zu brechen, so irrte sie sich. Die Rechtsparteien werden erstarken, solange die Sanktionen anhalten, und je mehr, je länger sie dauern.

Vizepräsident Dittmann teilt mit, daß zu der feinerzeit abgeleiteten Abstimmung über den Gesetzentwurf betr. den Staatsgerichtshof nach § 76 der Verfassung die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses erforderlich ist. Bei der dann vorgenommenen Abstimmung stimmten zwei Drittel der Mitglieder für die Ausschussfassung des Entwurfs. Nur die Unabhängigen und Kommunisten stimmten gegen den Entwurf.

Abg. Breitscheid (U. S. P.):

Meine Freunde von der U. S. P. und ich kennen und beklagen aufs tiefste die schweren wirtschaftlichen und politischen Schäden, die unserm Lande und Volke aus der Besetzung der drei Städte der Rheinprovinz und der Errichtung der Zollgrenze am Rhein erwachsen sind und fortwährend weiter erwachsen. Wir verurteilen die Politik der Schikane, die geeignet ist, die Atmosphäre statt zu verbessern, immer aufs neue zu vergiften. Es ist die Fortsetzung der Politik des Siegers, die wir auch in Deutschland kennengelernt haben, als man hier vor einigen Jahren auch einmal glaubte, daß jede Gewaltmaßregel politisch geboten und moralisch gerechtfertigt sei. Die militärischen Ansprüche an die besetzten Orte erwecken den Eindruck, als ob für ewige Zeit die tiefsten Ententeheere in den Rheinlanden untergebracht werden sollen.

Die Zolllinie zerschneidet den lebendigen Wirtschaftskörper Deutschlands.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Verelendung der Bevölkerung ist die Folge einer solchen Politik. Was von der Kleinindustrie im bergischen Land gilt, gilt von anderen Zweigen an anderen Orten. Es heißt allerdings, daß gewisse Erleichterungen Platz greifen können. Gewiß bieten sie gewisse Vorteile. Andererseits bedeuten sie eine Erhöhung der Einfuhr aus Frankreich und Belgien, insbesondere eine Einfuhr von Luxuswaren, Seiden, Parfümerien, Sekt, Kognak und sonstigen recht überflüssigen Dingen, deren Hereinbringen unsere Valuta noch weiter verschlechtert. Aber man würde alle diese Waren nicht durch das Loch im Westen nach Deutschland hereinbringen können, wenn nicht auch auf Absatz gerechnet werden könnte. Wir müssen schon die Tatsache als feststehend ansehen, daß der Nationalismus weiter Kreise nicht ausreicht, um auf diese schönen Dinge zu verzichten. Deshalb sind

Starke Abwehrmaßnahmen gegen eine solche Ueberflutung

Deutschlands mit Auslandswaren am Plage. Starke Maßnahmen, deren Anwendung aber durch Art und Durchführung der Sanktionen illusorisch gemacht werden. Alle diese Maßnahmen, die die Entente ergreift, waren noch verständlich, solange es sich darum handelte, Deutschland zur Annahme des Ultimatums geneigt zu machen. Aber werden die Ententemächte diese Prestigiemittel noch aufrechterhalten, nachdem nicht nur das Ultimatum unterschrieben ist, sondern auch die deutsche Regierung vollständigen Beweis für ihren guten Willen erbracht hat. Ich glaube, wir haben auch die Pflicht, einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß wenn es sich hier bei einer Regierung darum handelt, daß sie sich ihrer Verpflichtung entzieht, es nicht die deutsche, sondern die französische ist. Wir sind in der Beurteilung der rechtlichen und tatsächlichen Zustände mit den Interpellanten fastlich vollkommen einig. Wenn wir trotzdem

gegen die Art der Begründung lebhaft Bedenken

erheben, wie sie sowohl von Seiten der Volkspartei als von der Deutschnationalen Partei gegeben wurde, so hat das andere Ursachen. Als Herr Japp gestern darüber Klage führte, daß in den besetzten Rheinprovinzen die Presse- und Versammlungsfreiheit aufgehoben sei, tief ich ihm das Wort „Bayern“ dazwischen. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß derselbe Mangel an Presse- und Versammlungsfreiheit auch in Bayern vorhanden ist. Wir haben es erlebt, daß die Veranlassung, die als Trauertagung aus Anlaß der Ermordung unseres Parteifreundes Gabels durchgeführt werden sollte, der Münchener Polizeipräsident seinen ganzen Eifer einsetzte, sie zu verhindern. Er hat den Druck und die Verbreitung von Flugblättern verboten, die seiner Meinung nach nicht im Interesse des Bestandes der Staatsordnung lag. Man schwächt die Wirkung seiner politischen Kritik ab,

wenn man bei anderen verurteilt, was durchzuführen man selbst bereit ist dort, wo man die Macht hat. Das gibt in gewisser Beziehung auch hinsichtlich der Zollgrenze. Wir brauchen, um eine derartige Grenze zu finden, ebenfalls nicht erst nach den Rheinlanden zu sehen. Man sehe nach Bayern hinüber, so gewahrt man, wie

Bayern den Rest von Deutschland als Ausland betrachtet.

Kürzlich passierte es einem amerikanischen Journalisten, der, obwohl er seinen auswärtigen Paß vorlegte und auch seine Reichstagskarte vorwies, von dem Revidierenden zur Antwort bekam, Reichstag und Auswärtiges Amt sind preussische Angelegenheiten. (Hört, hört!) Als dann der Amerikaner fragte: „Gehört denn Bayern nicht auch dazu, was nach Deutschland?“ da erwiderte ihm der Vertreter der bayerischen Heeresmacht: Nein! (Hört, hört!) Es ist gewiß eminent patriotisch, die Reichsgrenze schon an ganz anderen Linien zu ziehen als dort, wo die französische Tricolore gehiebt worden ist.

Die Herren Japp und Reichert haben mit mehr oder weniger beredeten Worten dargelegt, wie ungeheuer schwer im besetzten Gebiete Wirtschaft, Politik und Moral leiden und wie wir bereit sein müssen, alles zu tun, um sie von den Truppen der Entente zu befreien. Sehr gut und sehr schön! Ich habe aber den Eindruck, als ob es für die Politik derjenigen Parteien, die die Verantwortung für die Unterzeichnung des Ultimatums auf sich genommen haben, gar keinen Beweis für die Richtigkeit ihres Handelns geben kann, als sie in den beiden Reden enthalten gewesen sind. Sie haben dazu beigetragen, daß der Beweis geliefert wird, was eingetreten wäre, wenn die Regierung das Ultimatum nicht unterschrieben hätte. Dann wäre ein noch viel größerer Teil des deutschen Volkes unterdrückt worden. Dann wäre

die Zollgrenze nicht am Rhein,

sondern an der Ostseite des Ruhrgebiets gezogen worden. Dann hätte die Arbeitslosigkeit einen Grad erreicht, den wir heute nicht einmal erträumen. Dann wäre alles das in vielfacher Potenz eingetreten, was Sie heute schon als absolut unerträglich für die deutschen Interessen und die deutsche Ehre bezeichnen. Aus diesen Gründen haben wir die Regierung, die nicht unsere Regierung ist, gegen Ihre Anstürme verteidigen helfen. Glauben Sie etwa, daß eine Regierung, die aus den Freunden der Herren Japp und Reichert gebildet würde, der Entente gegenüber im Westen bessere Erfolge erzielen könnte als die Regierung, die wir heute haben? In demselben Augenblick wären nicht nur die heute bestehenden Sanktionen für alle Zeiten hinweg — da hätte es auch Herrn Dr. Reichert nichts, einen Keil zwischen Frankreich und England einzutreiben zu wollen — dann würde eintreten, was wir durch die Unterzeichnung des Ultimatums abgemeldet haben, dann würden

die Sanktionen auf das Ruhrgebiet übergegriffen

haben. Ich weiß nicht, worauf Sie hinaussehen wollen, welche Maßregeln Sie eigentlich vorschlagen. Sie sprechen immer wieder von großen Mitteln, die die Regierung anwenden müsse. Sie besagen es, daß die Regierung nur „zwei kleine Protäste“ gelandt hat. Sie rufen nach dem großen und starken Mann, der nun den Kommunisten in den Ententeländern ein Paroli bieten soll. Aber wenn die Regierung mehr Protäste eingeleitet hätte, würden Sie dann nicht auftreten und sagen: was soll all das Papier, was soll das Gejammer? Sie haben ja zum Ausdruck gebracht: wir wollen keine Worte, wir wollen Taten! Aber Sie kommen immer nur bis zum Semikolon; wenn wir dann gespannt aufhorchen, um Ihre Verschlüsse zu vernahmen, hören wir nichts als leere Redensarten, sehen wir nichts von diesen Taten. (Sehr richtig!) Ich habe den Eindruck, daß Sie hier aus parteipolitischen Gründen Komödie spielen, daß Sie keinerlei Rezept für irgendwelche Taten anzuführen wissen. Oder soll ich etwa die Bemerkung des Herrn Abg. Japp als ein solches Rezept auffassen, als er meinte, die Regierung solle die Ohren steif halten? Sagen Sie uns, worin die Handlung bestehen soll, die Sie unternehmen wollen. Sagen Sie uns, was Sie tun wollen, wenn wir das zweifelhaft Vergnügen hätten, eine Regierung aus ihren Reihen an der Spitze des Reiches zu sehen. Einer der Redner der Deutschen Volkspartei drohte der Regierung: wenn das gedrückte Volk nirgends Recht finden könne, dann würde es eine so

schlappe und minderwertige Regierung mit Gewalt kürzen.

Da waren wir nun wieder einigermassen gespannt und überrascht über das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Berechtigung der Revolution, zur Berechtigung des gewaltsamen Umsturzes der Regierung. (Hört, hört!) Er verläßt dann die Ausflucht, als ihm entgegengehalten wurde, ob er die Regierung stützen wolle: wir wählen ja am besten, von wem sie in einem solchen Falle gestürzt werden würde. Er meinte wohl, die Arbeiterklasse würde die Regierung gewaltsam stützen, wenn sie nicht genug Energie zur Beseitigung der Sanktionspolitik aufzubringen verstände. Wir denken nicht daran, und die gesamte Arbeiterklasse denkt nicht daran, sich vor den Wagen Ihrer nationalistischen Interessen zu spannen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Wenn Sie mit dem gewaltsamen Sturz drohen, dann versuchen Sie es bitte auch selbst.

Es gibt keinen Rechtsboden für den Standpunkt der Entente. Was ihr bleibt, sind Vorwände. Und so erklärt man in Paris, wir müssen diese Sanktionen aufrechterhalten, weil diese Regierung nicht hart genug ist, um lange zu leben, und weil die Füße, die dieses Kabinett bestatten wollen, schon vor der Tür stehen. Wir müssen diesem Kabinett gegenüber die Sanktionen aufrechterhalten, weil in Deutschland eine große Zahl von Politikern vorhanden ist, die bereit sind, lieber heute als morgen solche Regierung zu beseitigen, um an ihre Stelle die Regierung des starken Mannes und der eisernen Faust zu setzen. Indem Sie auf diese Weise Politik treiben,

liefern Sie den Franzosen die Vorwände.

(Sehr richtig!) Ich erinnere auch an den unerhörten Skandal mit Jagow und zahlreiche andere Einzelfälle, die den Glauben aufkommen lassen können, als sei die Reaktion bei uns stark und bereit, die Regierung zu übernehmen und dann, ihrem Programm entsprechend, die Erfüllung des Ultimatums nicht durchzuführen. Die deutschen Nationalisten betrachten mit Eifer den Chauvinismus der Franzosen und die französischen Chauvinisten den sogenannten Nationalismus der deutschen Nationalisten. Es ist das eine Politik, auf die wir am besten das französische Wort anwenden, das sagt:

si est schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit.

(Weiterkeit.) Und wenn es bei den Franzosen eine Torheit ist, eine derartige Politik zu treiben, so können sie sich doch immer noch darauf berufen, daß sie letzten Endes die Macht haben. Die Politik der deutschen Nationalisten aber ist die Politik des vollständigen Wahnsinns. (Sehr richtig!) Denn führt sie zum Erfolg, dann treibt sie Deutschland unaufhaltsam in den Untergang hinein. Deshalb wiederholen wir immer wieder: Eine Politik, die mit einer großen Phrase vom starken Mann operiert, die die Unterzeichnung des Ultimatums als Landesverrat bezeichnet, werden wir stets aufs schärfste bekämpfen. Auch Sie müssen letzten Endes doch wissen, daß Ihre Säbel rostig sind und Ihre Flinten nicht austreichen, den auswärtigen Feind zu bekämpfen und zu besiegen. Sie sind höchstens stark genug, die Arbeiterklasse niederzuschlagen, wenn sie Ihnen nicht genehme Forderungen erhebt. (Beif. Beifall h. v. U. S.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Werden die Sanktionen aufrechterhalten, kann man von Deutschland keine Wiedergutmachung verlangen.

Abg. Hülsin (Komm.): Die Arbeiterklasse muß den Kampf führen gegen die sogenannte nationale Einheitsfront und gegen die Sanktionen. Der einzige Ausweg ist aber: die Kampffront gegen die Bourgeoisie in allen Ländern und der Anschluß an Sowjetrußland, dem Sitz der Weltrevolution.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über die Schließung des Kasarrets in Charlottenburg und das Grubenunglück in Mont Cenis, keine Vorlagen.

Die Schlächter von Saarburg

Der Kriegsverbrecherprozess in Leipzig

Zeuge August Klehe aus Konstanz gibt an, Crustus habe ihm am 21. August gesagt, es solle alles zusammengeschossen werden. Crustus habe einen anscheinend tot daliegenden Franzosen mit dem Fuße angestoßen, woraus dieser Lebenszeichen von sich gab. Sodann habe der Angeklagte ihm, dem Zeugen, mehrmals gesagt, er solle seinen Befehl ausführen. Zeuge habe aber darauf nicht reagiert, bis Major Müller ihm ausdrücklich befohlen habe,

den Befehl auszuführen.

Der Zeuge hat daraufhin einen Schuß auf den Franzosen, der nach seiner Meinung sich tot oder verwundet stellte, um der Gefangenschaft zu entgehen, abgegeben. Er hat nie gesehen, daß Crustus von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hat. Die Worte Stengers, man solle die auf den Bäumen sitzenden Feinde wie Spaghen herunterschießen, hat Klehe beim Vorbeimarsch gehört. Stenger habe auch gesagt, daß kein Pardon gegeben werden solle.

Der Goldarbeiter Wilhelm Würke aus Dillstein bei Wörzheim war Spielmann in der Kompanie des Angeklagten Crustus. Er sagt aus, Crustus habe am 26. August zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags den Befehl gegeben,

keine Gefangenen zu machen.

Er habe dabei hinzugefügt, es seien deutschen Soldaten die Augen ausgestochen worden. Erst nach dem 26. August habe er gehört, daß auch schon am 21. August ein solcher Befehl gegeben worden sei.

Goldarbeiter Theodor Fried-Wörzheim sagt aus, Crustus sei sehr aufgeregt gewesen, als er am 26. August den angeblichen Brigadeführer bekannt gab. Der Zeuge hat den Befehl so verstanden, daß jeder Gefangene umgebracht werden sollte.

Der Postgehilfe Augustin Lehmann aus Schiltach bei Offenburg hat gesehen, daß ein verwundeter Franzose, den er zuvor mit Kaffee gelabt hatte, später mit dem Gewehrstoßen erschlagen wurde.

Installateur Oskar Walek-Wörzheim hat gehört, daß der fragliche Befehl weitergegeben worden ist. Von Crustus selbst hat er ihn nicht gehört.

Major a. D. Johannes Walter-Gengenbach i. Baden, war Führer der 3. Komp. Inf. Reg. 142. Er hat von dem angeblichen Befehl Stengers nichts gehört, ihm ist auch nichts von irgendwelchen Greuelthaten bekannt.

Hauptmann Jahn-Cassel befand sich im August 1914 beim Stabe der Division, zu welcher die Brigade Stenger gehörte. Am 26. August habe er bei der Division gerüchweise von dem angeblichen Befehl Stengers gehört, was

großes Aufsehen hervorgerufen

habe. Es sei sofort ein Offizier entsandt worden, der feststellte, daß ein derartiger Befehl nicht ergangen sei.

Major Freiherr v. Linkow-Berlin war Kompanieführer im Inf. Reg. 142. Er hat von dem Befehle nichts gehört. Wenn ein solcher Befehl erteilt worden wäre, hätte er ihm bekannt gemacht sein müssen. Am 26. August nachmittags sei durch die Schützenlinie die Weisung gegeben worden: Nach links sammeln. Vorn sei ein Schuß gefallen. Ihm sei dabei gesagt worden, daß es sich nicht um ein Gefecht handele, sondern daß ein Franzose erschossen würde. Der Zeuge war darüber entsetzt. Major Müller vom Inf. Reg. 112 habe dann gesagt, daß die Erschießung eine Gegenmaßregel sei, weil Franzosen unseren Leuten die Augen ausgestochen hätten. Daß weitere Franzosen erschossen worden seien, habe Müller nicht gesagt.

Magistratsassistent Heesch-Altona, der Kompanieführer im Bataillon Müller war, erklärt, es sei ihm nicht bekannt, daß am 21. August der Befehl gegeben worden sei, keine Gefangenen zu machen. Von einem Befehle, die Verwundeten zu erschlagen, hätte er als Kompanieführer etwas hören müssen. Am 26. August habe Major Müller das Bataillon zusammenzutreten lassen und gesagt, es sei Bataillonsbefehl, daß sämtliche Verwundete erschossen werden sollten. Pardon werde nicht gegeben. Dann wurde der Vormarsch angetreten. Bald darauf fielen einzelne Schüsse. Er selbst habe keinen Verwundeten erschossen, obwohl er über die Hinterlist der Franzosen sehr entrüstet gewesen sei. Der Zeuge ist dann verwundet worden und am nächsten Morgen aus dem Walde gekrochen. Er blieb dann liegen, bis eine Französin, mit einem roten Kreuz am Arm, ihn in ihr Haus brachte, wo sie ihn pflegte. Später habe ihn eine französische Batouille in dem Hause entdeckt und ihn forttransportiert. Auf der Straße hätten französische Truppen kampiert, und ein französischer Kapitän sei an seine Tragbahre herangetreten und habe ihm seinen Revolver vor die Stirn gehalten, wobei er jagte:

Soll ich Sie auch so erschließen, wie unsere Leute erschossen worden sind?

Er, Zeuge, habe dem französischen Offizier darauf erwidert, daß er von einer Erschießung nichts wisse. Der Zeuge kam dann nach Clairmont-Ferrand, wo sich noch mehrere Gefangene der 58. Inf. Brigade befanden, die sämtlich erschossen werden sollten, und zwar wegen der angeblichen Unmenschlichkeiten auf deutscher Seite.

Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags wird dann die Weiterverhandlung auf Sonnabend vormittag 9 Uhr vertagt.

Ausschneiden!

Druckfache
Zim die
Saupterpeditio der „Freiheit“
Berlin 62
Brette Straße 8-9

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Dem Sozialen Ausschuss des Reichstages lag am Freitag ein Gesetzentwurf über Verringerung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge vor. Der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung des Mindestsatzes der Wochenhilfe (versicherte Wöchnerinnen) auf 3 M. pro Tag vor. Die Wochenfürsorge und Wochenhilfe für Familienangehörige Versicherte sollte dagegen auf 1,50 M. beschränkt bleiben. Das Stillsitzgeld soll für Versicherte mindestens 1,50 M. und für Familienangehörige und in der Wochenfürsorge generell 1,50 M. betragen gegen 75 Pf. bisher. Eine wesentliche Verschlechterung des Regierungsentwurfs ist, daß das Wöchengeld nur für die Zeit gezahlt werden soll, in der die Wöchnerin nicht gegen Entgelt beschäftigt ist. In einer interfraktionellen Besprechung wurde eine Reihe weitergehender Anträge ausgearbeitet und verlangt, daß bei notwendiger ärztlicher Behandlung während der Schwangerschaft die Kosten erstattet werden sollen. Beim Tode einer Wöchnerin sollen die gesamten Bezüge an den gezahlt werden, der den Unterhalt für das Kind bestreitet. In der Wochenfürsorge soll an Stelle der auf 8000 M. Jahreseinkommen festgesetzte Beitrag (Minderbemitteltheit) auf 10 000 M. festgesetzt werden. Ein Regierungsvorteiler lehnte jede weitergehende Verbesserung der Regierungsvorlage ab. Reich und Krankenkassen konnten nicht mehr leisten. Genosse Dr. Moses trat für die Verbesserungsanträge ein. Die ärztliche Behandlung in das Gesetz hineinbringen, sei zwar schwierig, aber ärztliche Behandlung sei dringend nötig. Der Sinn der Regierungsvorlage lasse das Wöchengeld als Ersatz für Lohnausfall gelten. Das sei falsch. Hauptzweck des Wöchengeldes sei, die Stärkung und Ernährung der Wöchnerin zu sichern. Genossin Nemitz erklärte es für be-

sonders dringend, den Schwangeren ärztliche Behandlung zu geben. Was die Frauen der Reichen sich selber leisten können, das müssen wir auch den Frauen der Arbeitenden und Armen geben. Der christliche Arbeitersekretär Andree (Ztr.) sprach sich gegen die Bezahlung der ärztlichen Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung, sowie gegen die Erhöhung des Wochen- und Stillsitzgeldes aus. Für die generelle Gewährung des Wöchengeldes auf 10 Wochen konnte sich Andree auch nicht erwärmen. Es gäbe Bauernmägde, die nach zwei oder drei Wochen wieder zu arbeiten imstande seien. Andree wurde oft von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen.

In der Abstimmung erfuhr die Vorlage wesentliche Verbesserungen. Das Wöchengeld soll danach auch an arbeitende Wöchnerinnen voll gewährt, die Wochenhilfe für Versicherte auf mindestens 4,50 M. festgesetzt und außerdem bei Schwangerschaftsbeschwerden ärztliche Behandlung gewährt werden. Um den herrschenden Schwierigkeiten zu begegnen, wird diese Bestimmung erst später in Kraft treten. Bis zu dem Zeitpunkt wird die bisherige Beihilfe zu den Kosten für Schwangerschaftsbehandlung auf 50 M. erhöht. Die Familienhilfe wird auch nach den Beschlüssen des Ausschusses gewährt, wenn das versicherte Mitglied gestorben ist. Bei der Wochenfürsorge wurde die Bedürftigkeitsgrenze auf 10 000 M. festgesetzt.

Geschäftliches

10 hübsche Tage, das ist das Zeichen, unter dem der Verkauf des bekannten Herren- und Knaben-Konfektionshauses M. Schulmeister, Kottbuser Tor, vor sich geht. Alles, was die Firma bietet, ist entsprechend ihrer Tradition von hoher Qualität.

Arbeiter Sport

Schwimm-Verein „Berliner“ (M. u. W.). Die Gruppe Westend veranstaltet am Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr, im „Regit-Hof“, Richterleib-Süd, Teltower Straße, ein Vereinschwimmfest. Zur Aufführung gelangen: Schwimmwettkämpfe, Wasserballspiel, Stiefetten, Springen, Reigen, Rettungsübungen, Tamschwimmen u. a. m.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
 Delegations-Kommissionen. Montag, abends 6 1/2 Uhr. Sitzung, Breite Str. 84. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
 Niederbarnim-Nord (Arbeitsgemeinschaft Oranienburg).
 Sonntag, den 3. Juli, 10 Uhr, bei Seeger, Oranienburg, Mühlentstraße, wichtige Konferenz sämtlicher Gemeindevorsteher und Parteifunktionäre. Vortrag des Genossen Bürgermeisters Kabis über „Kommunale Zeit und Streitfragen“.
 Sonnabend, 2. Juli.
 6. Bezirk (Friedr. 15.). Abends 7 Uhr: Verhandlung bei Krüger, Tullgauer Straße 10.
 Sonntag, 3. Juli.
 15. Verwaltungsbezirk, Nöt. Wälderhof. Familienausflug nach dem Waldhaus. Treffpunkt mittags 1 Uhr am Marktplatz.

Bereinskalendar

Sonntag, 3. Juli
 Deutscher Transportarbeiter-Verband Gruppe: Zeitungstabellen. Vormittags 10 Uhr im Lokal von Fejlers, Berlin SO. 10, Reichsplatz 15, wichtige Besprechung. Tagesordnung: Die Zeit der Arbeitlosen.
 Branche des technischen Büchsenpersönals. Vormittags pünktlich 9 Uhr im Gewerkschaftslokal, Engelstr. 14-15, Carl I. Brandenburgerstr. Vortrag des Vorsitzenden, Herrn Ernst Dümmig: Rüstung und soziale Revolution. Harmonium: Rühliche Eigenart der Rüstung. Gäste willkommen. Während der Schulferien, bis 21. August, keine Vorträge.

Schlüpfer und Raglans zur Reise aus Homespun und gemustertem Cheviot, jetzt M. 475, 525, 650 h. 950
 Buzener Mäntel aus Strichloden, in praktischen Farben, jetzt M. 250, 275, 350, 425
 Pelarinen für Herren und Damen, sehr gute Ware, jetzt M. 250, 275, 350, 425
 Gummi-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Passons, jetzt M. 350, 395, 450, 550, 625, 750, 850
 Jackett-Anzüge in guten Qual. u. best. Verarbeitung, jetzt M. 350, 450, 550, 650, 750, 850, 950

Sport-Anzüge für Herren u. Jünglinge, aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun u. Manchester, jetzt M. 300, 350, 450, 475, 500, 650
 Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wolstoffen, jetzt M. 50, 60, 70, 80, 90, 100
 Jünglings-Anzüge in grosser Auswahl, jetzt nur M. 295, 350, 450, 550, 650
 Gestreifte Hosen, grösstenteils unter Herstellungspreis, jetzt M. 6., 85, 99, 112, 121, 135 bis 250

10 billige Tage
 v. 2. - 11. Juli

M. Schulmeister
 Kottbuser Tor
 Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 Sommerdirektion
 7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
 Sonntag, den 3. Juli, 3 Uhr: Die Hiebmanns
Staatstheater
 Opernhaus
 Sommerfestspiel
 Leitung: Gustaf Bergmann
 7 1/2 Uhr: Die Strohwitwe
 Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Volsch u. Vertmutter
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage
Großes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Weber
 (Aucher Wonnemund)
Theater i. d. Königgräber Str.:
 7 30 Uhr: Erde
 Sonntag: Glaube u. Primat
 Montag: Der Weibsteufel
Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER
 Nach Arthur Schnitzler, Otto Müller, Wolf Meist, Gerb. Kiper, Paul Kretschmer
Komödienhaus:
 Abends 7.30 Uhr:
blonde Engel
 von Robert Winterberg
 Paul Heidemann u. G., Josephine Dora v. Szentotth. u. G., Inge von der Brantzen, Ma Karlen, Georg Salfert, Kurt Wulff, Julius Rogg.

7 1/2 Apollotheater 7 1/2
 Friedrichstraße 218
 Täglich:
Tip-Tip Hurrall
 oder
 Der Sport-Schlemihl
 mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
 Kasernen-Allee 7-9
 Täglich 6 1/2 Uhr:
„Varieté“
 Wenn Engel streiken!
 Operette in 3 Akten

Zeißfeldstecher
 6. und 8. Hof, kurz händig
M. Steckelmann,
 Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
 (Telefon 9299)

Ab Oberbaumbrücke täglich, außer Sonn- und Feiertagen, u. Neu-Heeringsdorf u. Woltersdorf-Schlense
 Abf. Sonntags 8.15 vorm. u. 2.00 nachm. Wochentags nur 9.00 Uhr vormittags.
 Außerdem jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag durch die herrlichen Gärten über Potsdam nach **Fernh auf Schmielowsee** Abfahrt Marktstraße, Friedrichstr. — 9.15 Uhr Charl. Tegeler Weg, Reederei Risch, Falkensteinstraße 48, Mühlplatz 8197.

Möbel
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Zeitzahlung
 Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
 Gr. Frankfurter Str. 58
 5 Min. v. Alexanderpl.
 Filiale: Badstr. 47-48.
 5 Min. v. Hof. Gesundbr.

Altmetall
 über Tagespreis
 Akersstraße 92

Alt-Metalle
 kauft jeden Vorken Oberberger Straße 1, Reinholdsdorfer Straße 107 (Hof im Keller).



Behrenstraße 54.
 7 1/2 Uhr:
 Persönliches Kabinett:
 Johannes Hermann und
 Dora Schüller in
Cocain (Sekt-Kübel)
 8 Grix Grigoris
 Alex Stamer
 Leo Morgenstern
 Hensel und Hagen
 4 Juroff Harringtons
 2 Helsons
 Geschw. Prinz
 Camarosa
 Sums

Schokoladen
 Kondens-, Fruchtstangen usw. kaufen Sie immer am billigsten bei
Schneider
 Rodenbergstraße 27.

Großer Preis-Nachlaß! Damenrubiden, 1 Dgd. 3 u. 4 M., 2 Dgd. 5 u. 6 M., 3 Dgd. 7 u. 8 M., 4 Dgd. 9 u. 10 M., 5 Dgd. 11 u. 12 M., 6 Dgd. 13 u. 14 M., 7 Dgd. 15 u. 16 M., 8 Dgd. 17 u. 18 M., 9 Dgd. 19 u. 20 M., 10 Dgd. 21 u. 22 M., 11 Dgd. 23 u. 24 M., 12 Dgd. 25 u. 26 M., 13 Dgd. 27 u. 28 M., 14 Dgd. 29 u. 30 M., 15 Dgd. 31 u. 32 M., 16 Dgd. 33 u. 34 M., 17 Dgd. 35 u. 36 M., 18 Dgd. 37 u. 38 M., 19 Dgd. 39 u. 40 M., 20 Dgd. 41 u. 42 M., 21 Dgd. 43 u. 44 M., 22 Dgd. 45 u. 46 M., 23 Dgd. 47 u. 48 M., 24 Dgd. 49 u. 50 M., 25 Dgd. 51 u. 52 M., 26 Dgd. 53 u. 54 M., 27 Dgd. 55 u. 56 M., 28 Dgd. 57 u. 58 M., 29 Dgd. 59 u. 60 M., 30 Dgd. 61 u. 62 M., 31 Dgd. 63 u. 64 M., 32 Dgd. 65 u. 66 M., 33 Dgd. 67 u. 68 M., 34 Dgd. 69 u. 70 M., 35 Dgd. 71 u. 72 M., 36 Dgd. 73 u. 74 M., 37 Dgd. 75 u. 76 M., 38 Dgd. 77 u. 78 M., 39 Dgd. 79 u. 80 M., 40 Dgd. 81 u. 82 M., 41 Dgd. 83 u. 84 M., 42 Dgd. 85 u. 86 M., 43 Dgd. 87 u. 88 M., 44 Dgd. 89 u. 90 M., 45 Dgd. 91 u. 92 M., 46 Dgd. 93 u. 94 M., 47 Dgd. 95 u. 96 M., 48 Dgd. 97 u. 98 M., 49 Dgd. 99 u. 100 M., 50 Dgd. 101 u. 102 M., 51 Dgd. 103 u. 104 M., 52 Dgd. 105 u. 106 M., 53 Dgd. 107 u. 108 M., 54 Dgd. 109 u. 110 M., 55 Dgd. 111 u. 112 M., 56 Dgd. 113 u. 114 M., 57 Dgd. 115 u. 116 M., 58 Dgd. 117 u. 118 M., 59 Dgd. 119 u. 120 M., 60 Dgd. 121 u. 122 M., 61 Dgd. 123 u. 124 M., 62 Dgd. 125 u. 126 M., 63 Dgd. 127 u. 128 M., 64 Dgd. 129 u. 130 M., 65 Dgd. 131 u. 132 M., 66 Dgd. 133 u. 134 M., 67 Dgd. 135 u. 136 M., 68 Dgd. 137 u. 138 M., 69 Dgd. 139 u. 140 M., 70 Dgd. 141 u. 142 M., 71 Dgd. 143 u. 144 M., 72 Dgd. 145 u. 146 M., 73 Dgd. 147 u. 148 M., 74 Dgd. 149 u. 150 M., 75 Dgd. 151 u. 152 M., 76 Dgd. 153 u. 154 M., 77 Dgd. 155 u. 156 M., 78 Dgd. 157 u. 158 M., 79 Dgd. 159 u. 160 M., 80 Dgd. 161 u. 162 M., 81 Dgd. 163 u. 164 M., 82 Dgd. 165 u. 166 M., 83 Dgd. 167 u. 168 M., 84 Dgd. 169 u. 170 M., 85 Dgd. 171 u. 172 M., 86 Dgd. 173 u. 174 M., 87 Dgd. 175 u. 176 M., 88 Dgd. 177 u. 178 M., 89 Dgd. 179 u. 180 M., 90 Dgd. 181 u. 182 M., 91 Dgd. 183 u. 184 M., 92 Dgd. 185 u. 186 M., 93 Dgd. 187 u. 188 M., 94 Dgd. 189 u. 190 M., 95 Dgd. 191 u. 192 M., 96 Dgd. 193 u. 194 M., 97 Dgd. 195 u. 196 M., 98 Dgd. 197 u. 198 M., 99 Dgd. 199 u. 200 M., 100 Dgd. 201 u. 202 M., 101 Dgd. 203 u. 204 M., 102 Dgd. 205 u. 206 M., 103 Dgd. 207 u. 208 M., 104 Dgd. 209 u. 210 M., 105 Dgd. 211 u. 212 M., 106 Dgd. 213 u. 214 M., 107 Dgd. 215 u. 216 M., 108 Dgd. 217 u. 218 M., 109 Dgd. 219 u. 220 M., 110 Dgd. 221 u. 222 M., 111 Dgd. 223 u. 224 M., 112 Dgd. 225 u. 226 M., 113 Dgd. 227 u. 228 M., 114 Dgd. 229 u. 230 M., 115 Dgd. 231 u. 232 M., 116 Dgd. 233 u. 234 M., 117 Dgd. 235 u. 236 M., 118 Dgd. 237 u. 238 M., 119 Dgd. 239 u. 240 M., 120 Dgd. 241 u. 242 M., 121 Dgd. 243 u. 244 M., 122 Dgd. 245 u. 246 M., 123 Dgd. 247 u. 248 M., 124 Dgd. 249 u. 250 M., 125 Dgd. 251 u. 252 M., 126 Dgd. 253 u. 254 M., 127 Dgd. 255 u. 256 M., 128 Dgd. 257 u. 258 M., 129 Dgd. 259 u. 260 M., 130 Dgd. 261 u. 262 M., 131 Dgd. 263 u. 264 M., 132 Dgd. 265 u. 266 M., 133 Dgd. 267 u. 268 M., 134 Dgd. 269 u. 270 M., 135 Dgd. 271 u. 272 M., 136 Dgd. 273 u. 274 M., 137 Dgd. 275 u. 276 M., 138 Dgd. 277 u. 278 M., 139 Dgd. 279 u. 280 M., 140 Dgd. 281 u. 282 M., 141 Dgd. 283 u. 284 M., 142 Dgd. 285 u. 286 M., 143 Dgd. 287 u. 288 M., 144 Dgd. 289 u. 290 M., 145 Dgd. 291 u. 292 M., 146 Dgd. 293 u. 294 M., 147 Dgd. 295 u. 296 M., 148 Dgd. 297 u. 298 M., 149 Dgd. 299 u. 300 M., 150 Dgd. 301 u. 302 M., 151 Dgd. 303 u. 304 M., 152 Dgd. 305 u. 306 M., 153 Dgd. 307 u. 308 M., 154 Dgd. 309 u. 310 M., 155 Dgd. 311 u. 312 M., 156 Dgd. 313 u. 314 M., 157 Dgd. 315 u. 316 M., 158 Dgd. 317 u. 318 M., 159 Dgd. 319 u. 320 M., 160 Dgd. 321 u. 322 M., 161 Dgd. 323 u. 324 M., 162 Dgd. 325 u. 326 M., 163 Dgd. 327 u. 328 M., 164 Dgd. 329 u. 330 M., 165 Dgd. 331 u. 332 M., 166 Dgd. 333 u. 334 M., 167 Dgd. 335 u. 336 M., 168 Dgd. 337 u. 338 M., 169 Dgd. 339 u. 340 M., 170 Dgd. 341 u. 342 M., 171 Dgd. 343 u. 344 M., 172 Dgd. 345 u. 346 M., 173 Dgd. 347 u. 348 M., 174 Dgd. 349 u. 350 M., 175 Dgd. 351 u. 352 M., 176 Dgd. 353 u. 354 M., 177 Dgd. 355 u. 356 M., 178 Dgd. 357 u. 358 M., 179 Dgd. 359 u. 360 M., 180 Dgd. 361 u. 362 M., 181 Dgd. 363 u. 364 M., 182 Dgd. 365 u. 366 M., 183 Dgd. 367 u. 368 M., 184 Dgd. 369 u. 370 M., 185 Dgd. 371 u. 372 M., 186 Dgd. 373 u. 374 M., 187 Dgd. 375 u. 376 M., 188 Dgd. 377 u. 378 M., 189 Dgd. 379 u. 380 M., 190 Dgd. 381 u. 382 M., 191 Dgd. 383 u. 384 M., 192 Dgd. 385 u. 386 M., 193 Dgd. 387 u. 388 M., 194 Dgd. 389 u. 390 M., 195 Dgd. 391 u. 392 M., 196 Dgd. 393 u. 394 M., 197 Dgd. 395 u. 396 M., 198 Dgd. 397 u. 398 M., 199 Dgd. 399 u. 400 M., 200 Dgd. 401 u. 402 M., 201 Dgd. 403 u. 404 M., 202 Dgd. 405 u. 406 M., 203 Dgd. 407 u. 408 M., 204 Dgd. 409 u. 410 M., 205 Dgd. 411 u. 412 M., 206 Dgd. 413 u. 414 M., 207 Dgd. 415 u. 416 M., 208 Dgd. 417 u. 418 M., 209 Dgd. 419 u. 420 M., 210 Dgd. 421 u. 422 M., 211 Dgd. 423 u. 424 M., 212 Dgd. 425 u. 426 M., 213 Dgd. 427 u. 428 M., 214 Dgd. 429 u. 430 M., 215 Dgd. 431 u. 432 M., 216 Dgd. 433 u. 434 M., 217 Dgd. 435 u. 436 M., 218 Dgd. 437 u. 438 M., 219 Dgd. 439 u. 440 M., 220 Dgd. 441 u. 442 M., 221 Dgd. 443 u. 444 M., 222 Dgd. 445 u. 446 M., 223 Dgd. 447 u. 448 M., 224 Dgd. 449 u. 450 M., 225 Dgd. 451 u. 452 M., 226 Dgd. 453 u. 454 M., 227 Dgd. 455 u. 456 M., 228 Dgd. 457 u. 458 M., 229 Dgd. 459 u. 460 M., 230 Dgd. 461 u. 462 M., 231 Dgd. 463 u. 464 M., 232 Dgd. 465 u. 466 M., 233 Dgd. 467 u. 468 M., 234 Dgd. 469 u. 470 M., 235 Dgd. 471 u. 472 M., 236 Dgd. 473 u. 474 M., 237 Dgd. 475 u. 476 M., 238 Dgd. 477 u. 478 M., 239 Dgd. 479 u. 480 M., 240 Dgd. 481 u. 482 M., 241 Dgd. 483 u. 484 M., 242 Dgd. 485 u. 486 M., 243 Dgd. 487 u. 488 M., 244 Dgd. 489 u. 490 M., 245 Dgd. 491 u. 492 M., 246 Dgd. 493 u. 494 M., 247 Dgd. 495 u. 496 M., 248 Dgd. 497 u. 498 M., 249 Dgd. 499 u. 500 M., 250 Dgd. 501 u. 502 M., 251 Dgd. 503 u. 504 M., 252 Dgd. 505 u. 506 M., 253 Dgd. 507 u. 508 M., 254 Dgd. 509 u. 510 M., 255 Dgd. 511 u. 512 M., 256 Dgd. 513 u. 514 M., 257 Dgd. 515 u. 516 M., 258 Dgd. 517 u. 518 M., 259 Dgd. 519 u. 520 M., 260 Dgd. 521 u. 522 M., 261 Dgd. 523 u. 524 M., 262 Dgd. 525 u. 526 M., 263 Dgd. 527 u. 528 M., 264 Dgd. 529 u. 530 M., 265 Dgd. 531 u. 532 M., 266 Dgd. 533 u. 534 M., 267 Dgd. 535 u. 536 M., 268 Dgd. 537 u. 538 M., 269 Dgd. 539 u. 540 M., 270 Dgd. 541 u. 542 M., 271 Dgd. 543 u. 544 M., 272 Dgd. 545 u. 546 M., 273 Dgd. 547 u. 548 M., 274 Dgd. 549 u. 550 M., 275 Dgd. 551 u. 552 M., 276 Dgd. 553 u. 554 M., 277 Dgd. 555 u. 556 M., 278 Dgd. 557 u. 558 M., 279 Dgd. 559 u. 560 M., 280 Dgd. 561 u. 562 M., 281 Dgd. 563 u. 564 M., 282 Dgd. 565 u. 566 M., 283 Dgd. 567 u. 568 M., 284 Dgd. 569 u. 570 M., 285 Dgd. 571 u. 572 M., 286 Dgd. 573 u. 574 M., 287 Dgd. 575 u. 576 M., 288 Dgd. 577 u. 578 M., 289 Dgd. 579 u. 580 M., 290 Dgd. 581 u. 582 M., 291 Dgd. 583 u. 584 M., 292 Dgd. 585 u. 586 M., 293 Dgd. 587 u. 588 M., 294 Dgd. 589 u. 590 M., 295 Dgd. 591 u. 592 M., 296 Dgd. 593 u. 594 M., 297 Dgd. 595 u. 596 M., 298 Dgd. 597 u. 598 M., 299 Dgd. 599 u. 600 M., 300 Dgd. 601 u. 602 M., 301 Dgd. 603 u. 604 M., 302 Dgd. 605 u. 606 M., 303 Dgd. 607 u. 608 M., 304 Dgd. 609 u. 610 M., 305 Dgd. 611 u. 612 M., 306 Dgd. 613 u. 614 M., 307 Dgd. 615 u. 616 M., 308 Dgd. 617 u. 618 M., 309 Dgd. 619 u. 620 M., 310 Dgd. 621 u. 622 M., 311 Dgd. 623 u. 624 M., 312 Dgd. 625 u. 626 M., 313 Dgd. 627 u. 628 M., 314 Dgd. 629 u. 630 M., 315 Dgd. 631 u. 632 M., 316 Dgd. 633 u. 634 M., 317 Dgd. 635 u. 636 M., 318 Dgd. 637 u. 638 M., 319 Dgd. 639 u. 640 M., 320 Dgd. 641 u. 642 M., 321 Dgd. 643 u. 644 M., 322 Dgd. 645 u. 646 M., 323 Dgd. 647 u. 648 M., 324 Dgd. 649 u. 650 M., 325 Dgd. 651 u. 652 M., 326 Dgd. 653 u. 654 M., 327 Dgd. 655 u. 656 M., 328 Dgd. 657 u. 658 M., 329 Dgd. 659 u. 660 M., 330 Dgd. 661 u. 662 M., 331 Dgd. 663 u. 664 M., 332 Dgd. 665 u. 666 M., 333 Dgd. 667 u. 668 M., 334 Dgd. 669 u. 670 M., 335 Dgd. 671 u. 672 M., 336 Dgd. 673 u. 674 M., 337 Dgd. 675 u. 676 M., 338 Dgd. 677 u. 678 M., 339 Dgd. 679 u. 680 M., 340 Dgd. 681 u. 682 M., 341 Dgd. 683 u. 684 M., 342 Dgd. 685 u. 686 M., 343 Dgd. 687 u. 688 M., 344 Dgd. 689 u. 690 M., 345 Dgd. 691 u. 692 M., 346 Dgd. 693 u. 694 M., 347 Dgd. 695 u. 696 M., 348 Dgd. 697 u. 698 M., 349 Dgd. 699 u. 700 M., 350 Dgd. 701 u. 702 M., 351 Dgd. 703 u. 704 M., 352 Dgd. 705 u. 706 M., 353 Dgd. 707 u. 708 M., 354 Dgd. 709 u. 710 M., 355 Dgd. 711 u. 712 M., 356 Dgd. 713 u. 714 M., 357 Dgd. 715 u. 716 M., 358 Dgd. 717 u. 718 M., 359 Dgd. 719 u. 720 M., 360 Dgd. 721 u. 722 M., 361 Dgd. 723 u. 724 M., 362 Dgd. 725 u. 726 M., 363 Dgd. 727 u. 728 M., 364 Dgd. 729 u. 730 M., 365 Dgd. 731 u. 732 M., 366 Dgd. 733 u. 734 M., 367 Dgd. 735 u. 736 M., 368 Dgd. 737 u. 738 M., 369 Dgd. 739 u. 740 M., 370 Dgd. 741 u. 742 M., 371 Dgd. 743 u. 744 M., 372 Dgd. 745 u. 746 M., 373 Dgd. 747 u. 748 M., 374 Dgd. 749 u. 750 M., 375 Dgd. 751 u. 752 M., 376 Dgd. 753 u. 754 M., 377 Dgd. 755 u. 756 M., 378 Dgd. 757 u. 758 M., 379 Dgd. 759 u. 760 M., 380 Dgd. 761 u. 762 M., 381 Dgd. 763 u. 764 M., 382 Dgd. 765 u. 766 M., 383 Dgd. 767 u. 768 M., 384 Dgd. 769 u. 770 M., 385 Dgd. 771 u. 772 M., 386 Dgd. 773 u. 774 M., 387 Dgd. 775 u. 776 M., 388 Dgd. 777 u. 778 M., 389 Dgd. 779 u. 780 M., 390 Dgd. 781 u. 782 M., 391 Dgd. 783 u. 784 M., 392 Dgd. 785 u. 786 M., 393 Dgd. 787 u. 788 M., 394 Dgd. 789 u. 790 M., 395 Dgd. 791 u. 792 M., 396 Dgd. 793 u. 794 M., 397 Dgd. 795 u. 796 M., 398 Dgd. 797 u. 798 M., 399 Dgd. 799 u. 800 M., 400 Dgd. 801 u. 802 M., 401 Dgd. 803 u. 804 M., 402 Dgd. 805 u. 806 M., 403 Dgd. 807 u. 808 M., 404 Dgd. 809 u. 810 M., 405 Dgd. 811 u. 812 M., 406 Dgd. 813 u. 814 M., 407 Dgd. 815 u. 816 M., 408 Dgd. 817 u. 818 M., 409 Dgd. 819 u. 820 M., 410 Dgd. 821 u. 822 M., 411 Dgd. 823 u. 824 M., 412 Dgd. 825 u. 826 M., 413 Dgd. 827 u. 828 M., 414 Dgd. 829 u. 830 M., 415 Dgd. 831 u. 832 M., 416 Dgd. 833 u. 834 M., 417 Dgd. 835 u. 836 M., 418 Dgd. 837 u. 838 M., 419 Dgd. 839 u. 840 M., 420 Dgd. 841 u. 842 M., 421 Dgd. 843 u. 844 M., 422 Dgd. 845 u. 846 M., 423 Dgd. 847 u. 848 M., 424 Dgd. 849 u. 850 M., 425 Dgd. 851 u. 852 M., 426 Dgd. 853 u. 854 M., 427 Dgd. 855 u. 856 M., 428 Dgd. 857 u. 858 M., 429 Dgd. 859 u. 860 M., 430 Dgd. 861 u. 862 M., 431 Dgd. 863 u. 864 M., 432 Dgd. 865 u. 866 M., 433 Dgd. 867 u. 868 M., 434 Dgd. 869 u. 870 M., 435 Dgd. 871 u. 872 M., 436 Dgd. 873 u. 874 M., 437 Dgd. 875 u. 876 M., 438 Dgd. 877 u. 878 M., 439 Dgd. 879 u. 880 M., 440 Dgd. 881 u. 882 M., 441 Dgd. 883 u. 884 M., 442 Dgd. 885 u. 886 M., 443 Dgd. 887 u. 888 M., 444 Dgd. 889 u. 890 M., 445 Dgd. 891 u. 892 M., 446 Dgd. 893 u. 894 M., 447 Dgd. 895 u.

Groß-Berlin

Der liebe Gott soll helfen

Die heimatreuen Oberschlesier veranstalten am Sonntag im äußersten Norden Berlins (Pankow, Niederschönhausen usw.) einen großen Werberummel, der bezeichnenderweise mit Vitigtottesdiensten beginnt und in Paradedemonstrationen der ehemaligen Hoboisten des Gardekorps seine Krönung findet.

Der liebe Gott soll also helfen, und zu seiner Assistenz ist das Musikkorps der ehemaligen Gardekorps-Hoboisten aufgeboten worden. Erinnert das nicht an die wilhelminische Zeit unseligen Angebens, wenn's irgendwo an der Front einmal brenzlich geworden war?

Und es half damals nicht, und es wird auch diesmal nichts helfen, weil jeder Normaldenkende diesem Rummel fernbleiben muß. Jeder Groschen, der gespendet wird, dient bloß zur Stärkung der reaktionären Banden, die sich in Oberschlesien unter der Flagge des Selbstschutzes gebildet haben, und die nach Beilegung des Konfliktes mit den Polen zu einer großen Gefahr für das Reich werden müssen.

Eine putzschiffische Sonnwendfeier

Die Schupo als Antisemitengarde.

Die Sonnwendfeier wurde auch dieses Jahr von den Reaktionsären aller Schattierungen zu rein politischen Demonstrationen benutzt.

Eine solche Sonnwendfeier fand auch auf dem beliebtesten Tummelplatz der Antisemiten und ähnlicher Rebaubrüder statt: auf dem großen Müggelberg, vor der Bismarckwarte.

„Jüdenbende“ Reden wurden geschwungen, die üblichen Phrasen von „Judenregierung“ und ähnlichen geistreichen Kampfsparolen waren zu hören. Fürs deutsche Gemüt wurden natürlich auch die schönen Lieder „Stolz weht die Flagge schwarzweißrot“ und „Heil dir im Siegestanz“ gesungen.

Original war an dieser Feier immerhin, daß es ein Vertreter des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten wagen durfte, offen zum Regierungskritik zu werden und zur gewalttätigen Aenderung der Staatsform aufzureizen. Eine Sonnwendfeier mit Aufforderung zur Rätereipublik würde wahrscheinlich nicht so unangenehm vorstatten gehen, obwohl diese Staatsform nach Heinrich Brandler sich mit der deutschen Reichsverfassung vereinbaren läßt.

Die Hüter der öffentlichen Ordnung — Schupo-Polizeibeamte — beteiligten sich in Uniform an der Putzschifffeier.

Wir verlangen vom Polizeipräsidenten Richter, daß er dem Schupo-Polizeistand endlich ein Ende macht und seinen Beamten ein für allemal verbietet, in Uniform an solchen antisemitischen Putzschiffdemonstrationen teilzunehmen!

Einheitliche Bücherei-Gebühren

Einheitliche Gebühren für die Benutzung der Büchereien und Lesehallen in den zur Einheitsgemeinde Berlin zusammengeschlossenen Gemeinden will der Magistrat einführen. Hierbei soll dem kulturellen Interesse dadurch Rechnung getragen werden, daß die Gebührenhöhe sich möglichst niedrig halten, wieweil auch in Anpassung an die augenblicklichen Verhältnisse im Durchschnitt eine Erhöhung der bestehenden Sätze sich nicht hat vermeiden lassen.

Nach eingehender Prüfung der Frage durch die Deputation für Kunst- und Bildungswesen sind die Gebühren für die Büchereien und Lesehallen wie folgt festgesetzt:

- 1. Für die Benutzung der bisherigen Stadtbibliotheken in Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neutölln und Spandau wird gleichmäßig eine Lesekartengebühr von 10 M. für das Jahr erhoben.
2. Für die Stadtbibliotheken, Volksbüchereien und Lesehallen wird der Preis für 10 Bücherzettel auf 1 M. festgesetzt und zwar gleichmäßig für die Bezirke 1-20.
3. Für die Benutzung der Jugendbibliotheken werden keine Gebühren erhoben. Wo Jugendbibliotheken noch nicht bestehen, sollen die unter Buchstaben „A“ registrierten Bü-

cher an Jugendliche ohne Entgelt abgegeben werden. Es empfiehlt sich, in diesem Falle Leihzettel in zwei verschiedenen Farben (für Erwachsene und Jugendliche) herzustellen zu lassen.

400 000 Mark zur Milchverbilligung

Die Stadt gewährt bei wirtschaftlicher Notlage für Schwangere (drei Monate vor der Entbindung bis zur Entbindung) und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre einen Milchzuschuß in Höhe von täglich 45 Pf. bzw. 60 Pf. Ueber die bisher seit dem 1. März 1920 hierfür bewilligten 2 500 000 M. ist verfügt. Um die den Säuglingen und Kleint Kindern aus dem immer noch hohen Milchpreise drohenden Gefahren zu verringern, hat der Magistrat beschlossen, die Zuschüsse an arme Familien weiterhin zu leisten, und zu diesem Zwecke für die Zeit bis Ende Juli weitere 400 000 M. zu bewilligen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, einverstanden zu sein.

Denk an die Kriegstrüffel

Das Haupt-Verorgungsamt hat durch seinen Beauftragten, Dr. Heder, die Hungerplakate gegen die Lazarett-Inassen verhängt, hat den Kriegsveteranen im Versorgungs-Krankenhaus „Schloß Charlottenburg“ die ärztliche Hilfe, Lebensmittel und Lohnung gesperrt. Man hat weiterhin den traurigen Mut gehabt, ihnen auch noch die Leibe- und Bettwäsche zu nehmen, so daß Schwertrankte jetzt schon 8 Wochen keine reine Bettwäsche bekommen haben und Amputierte seit 4 Wochen keine Wollschleier hatten, das Hemd zu wechseln.

Mit steigendem Ingrimm haben die Lazarett-Inassen diese Maßnahmen über sich ergehen lassen müssen. Alle Verhandlungen, welche sie unter Hinzuziehung der Kriegsbeschädigten-Organisation mit dem Hauptverorgungsamt und Reichsarbeitsministerium gepflogen haben, waren vergeblich. In ihrer höchsten Not wenden sie sich nun an das klassenbewußte Proletariat Berlins und rufen auch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zu aktiver Solidarität.

In machtvoller Kundgebung pilt es zu beweisen, daß die organisierte Arbeiterschaft ihre Kriegsveteranen Brüder nicht im Stich läßt. In geschlossener Front gilt es der Regierung zu zeigen, daß ihrer Brutalität und Barbarei entgegengesetzt wird der einzige und entschlossene Wille der gesamten Groß-Berliner Arbeiterschaft, frivole Herausforderungen zu beantworten mit allen dem klassenbewußten Proletariat zur Verfügung stehenden Kampfmitteln.

Wir fordern auf zur Massendemonstration und einmütigen Kundgebung der Solidarität mit denen am härtesten getroffenen Opfern des Völkermordes

am Montag, dem 4. Juli, 5 Uhr nachmittags, im Lustgarten.

Internationaler Bund der Kriegsoffer

Kindertransport nach Schweden

Genossen! Der Kindertransport nach Schweden mußte leider verschoben werden, da wir die Einreiseerlaubnis von Schweden noch nicht erhalten haben. Wir bitten alle Eltern, sowie Pflägers Eltern der rheinländischen Kinder, die Kinder bereit zu halten, da wir jeden Tag die Einreiseerlaubnis bekommen können und wir den Transport dann sofort zusammenstellen müssen. Alle Kinder, die noch nicht ärztlich untersucht sind, müssen sich am Sonnabend, mittags 1 Uhr, in unserem Bureau melden.

Internationales Hilfskomitee. Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 64. Tel.: Stephan 963.

Kapitalverschieber vor Gericht

Gegen zwei Kunden des vielgenannten Bankhauses Gruber, Philipson u. Kompagnie hatte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats John zu verhandeln. Angeklagt wegen Vergehens gegen die Kapitalfluchtverordnung vom 22. November 1918 waren der Färbereibesitzer Oswald Raefe aus Brigg und der Wäldermeister Heinrich Raefe aus der Strelitzer Straße. Beide waren Kunden des Bankhauses Gruber in der Potsdamer Straße. Das vorliegende Verfahren richtete sich auch gegen den flüchtigen Bankier Gruber. Bei diesem fand im November v. J. eine Hausdurchsuchung statt, bei welcher die Geschäftsbücher beschlagnahmt wurden. Aus diesen Büchern ergab sich, daß neben dem Prinzen Eitel Friedrich und anderen abligen Herren auch eine ganze Reihe von Kaufleuten, Handwerksmeistern und Politikern mit dem Bankhause Gruber in Verbindung stehen. Insbesondere sollen, wie behauptet wird, zwei der heutigen Regierung sehr nahe stehende Herren mit dem Bankhause in Verbindung gestanden haben.

Wie der Verteidiger der beiden Angeklagten, Rechtsanwalt Brugsch gestern vor Gericht erklärte, seien gerade die beiden

jezt zur Anlage stehenden Fälle die harmlosesten von den 35 allein von ihm vertretenen Fällen der Kapitalverschiebung. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat John, erwiderte darauf, daß er es im Interesse einer reiflichen Aufklärung des Sachverhalts für bedenklich gehalten habe, ohne mündliche Verhandlung zu einem Urteil zu kommen. Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte Heinrich Raefe der Firma Gruber 50 000 M. übergeben, um Kommanditanteile der Firma Schlesinger, Trier u. Co. zu erwerben. Wie der Vorsitzende erklärte, sei es auffällig, daß der Angeklagte, der im Jahre 1919 noch ein Einkommen von ganzen 2100 Mark versteuert habe, im Jahre 1920 plötzlich 50 000 Mark nach Holland verschoben könne und noch weitere 39 000 Mark beziehe.

In seiner polizeilichen Vernehmung hatte der Angeklagte erklärt, daß er mit Rücksicht auf die heutigen Zustände in Deutschland nichts dagegen gehabt hätte, wenn das Geld nach Holland gelangt wäre. Von Rechtsanwalt Brugsch wurde die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestritten, welche i. J. lediglich vom Rat der Volksbeauftragten erlassen sei, ohne die spätere Genehmigung der ordnungsmäßigen gesetzgebenden Körperschaften gefunden zu haben. Das Gericht hielt jedoch die Verordnung für zu Recht bestehend, da, wie der Vorsitzende verkündete, in der Verfassung keine Bestimmung enthalten sei, nach welcher die von den Volksbeauftragten erlassenen Bestimmungen erst noch einer besonderen Bestätigung bedürfen. Das Urteil lautete auf 2000 Mark Geldstrafe, außerdem wurden die 50 000 Mark dem Reiche für verfallen erklärt. In der zweiten Sache gegen den Färbereibesitzer Oswald Raefe handelte es sich um Beträge von 220 000 und 158 000 Mark, an denen ein Fabrikbesitzer Bergmann und ein reicher Holländer namens Rosoff beteiligt gewesen sein sollen, welche Chemikalieneinkäufe getätigt haben sollen. Von diesen Beträgen gehörte die Summe von 53 000 Mark dem Angeklagten. Das Gericht erklärte auch diesen Betrag als dem Reiche verfallen und verurteilte den Angeklagten außerdem zu 3000 Mark Geldstrafe.

Schöneberg-Friedenau. Wie alljährlich, so wird auch in diesem Jahr mit Beginn der Schulferien die Halbtagsferienkolonie ihren Anfang nehmen. Die sozialistische Arbeiterkassette hat wieder Mühe und Opfer gescheut, um den Kindern des Proletariats, deren Eltern nicht imstande sind, ihren Kindern eine andere Erholungs-möglichkeit zu geben, durch die Halbtagsferienkolonie wenigstens etwas zu bieten. Meldungen hierzu sind umgehend bei folgenden Genossen vorzunehmen: Genossin Thieleke, Feuerstr. 68, Hof IV, beim Genossen Wendt, Feuerstr. 13, Genossen Dörwald, Döllinger Str. 27. Für Friedenau beim Genossen Westphal, Wiesbadener Str. 4, Friedenau. Den Kindern ist Trinken und evtl. Pössel mitzugeben. Der genaue Termin und der Sammel-punkt wird noch später, aber frühzeitig genug bekanntgegeben. — Genossinnen, die als Helferinnen tätig sein wollen, melden sich bei der Genossin Thieleke.

Eingehung der Gas-, Wasser-, Elektrizität- und Müllrechnungen für Juli und August. Infolge der durch den Sommerurlaub veran-lassten vorübergehenden Verminderung der Arbeitskräfte in den in Frage kommenden Abteilungen sieht sich das Bezirksamt Spandau veranlaßt, das Ausschreiben und Einziehen der Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Müllrechnungen für die Monate Juli und August zusammen vorzunehmen. Die Rechnung ertrifft sich also auf den Zeitraum von acht Wochen. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverbraucher werden daher gut tun, wenn sie schon jetzt den fälligen Betrag, der sich leicht aus der Ableskarte errechnen läßt, zurückerlegen.

Verlegung von Straßenbahnhaltestellen in Spandau. Vom 1. Juli d. J. ab werden, wie bereits mitgeteilt, die Linien 20 und P nicht mehr durch die Breite- und Havelstraße, sondern über den Markt und die Potsdamer Straße geleitet. Die Haltestelle am Markt, Ecke Breite Straße, wird für die Richtung Haupt-bahnhof vor die Charlottenstraße, für die Richtung Bismarck-bahnhof in die Charlottenstraße verlegt. Die in der Potsdamer Straße vor dem Hause Nr. 41 befindliche Haltestelle wird vor das Haus Markt 15 verlegt.

Aufregende Straßenszenen. Gestern nachmittags fiel den Passan-ten der Landsberger Straße ein Mann durch sein aufgeregtes Benehmen auf. Als sich ein Straßenbahnwagen näherte, warf er sich blitzschnell auf die Schienen in der Absicht, sich überfahren zu lassen. In dieser kritischen Situation sprangen mehrere Männer herbei und zogen den sich heftig Stäubenden von den Gleisen herunter. Da er den Eindruck eines Geisteskranken machte, wurde er nach dem Virchow-Krankenhaus geschafft, wo er in Tobluht verfiel. Nach seinen Papieren wurde der Unglückliche als der Kaufmann Karl Reische aus der Karlsgartenstraße in Neutölln festgestellt. — Eine andere nicht minder aufregende Szene spielte sich gestern mittag am Belle-Alliance-Platz ab. Hier versuchte der Hilfsarbeiter Richard Biale aus Rehbrücke bei Potsdam auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 42 zu springen. Er kam dabei

Felsenbrunner Hof

von

Anna Croissant-Kuß

(A. Fortsetzung)

(Kassabrad verboten)

„Ueberhaupt ein feiner Umgang, dieser Gräfe Hannes. Ganz passend! Hört doch zu, was der Kerl für Lieder singt, wenn Peter zur Biste kommt!“ Er begann mit heiserer, gröhrender Stimme:

„Ei grüner Rhein, Madamle tum herein, Madamle sitzt im Kellerloch Und sitzt de Krimineroch.“

Oder was noch schöner und „für die teifere Jugend“ noch passender ist:

„Husch, husch, wie is so kalt, Siewe Wode bin ich alt, Rei Mutter will e Jungfer sei, Sperrt mich in e Schachtel ei.“

Peter starrte Heinrich mit aufgerissenen Augen an, er verstand nicht, was er wollte; aber die gröhrende Stimme erfüllte ihn mit Zorn und Widerwillen, und er stieß leidenschaftlich heraus: „Hannes singt ganz andere Lieder, es ist nicht wahr, daß er nur das singt!“

„Maitawwer flieg, Dein Vater is im Krieg“ und:

„Schleswig Holstein meermuschlungen, Me-er-u-umschl-ungen“.

„Hörte ihn Heinrich nach. Peter geriet immer mehr in Eifer: Er erzählt mir von früheren Zeiten, vom Gut. Vom Weiber soll er mir auch noch erzählen —“ sein Kopf wurde dunkelrot, da war er wieder bei der Frage angelangt, die ihn so sehr beschäftigte, und hastig und verwirrt stieß er heraus: „Warum gehört uns der Weiber nimmer?“

Alle saßen da, wie von Stein und blickten Peter entsezt an, der an seiner neuen Frage würgte: „Warum gehört er den Thomanns?“

Blaurot im Gesicht und außer sich sprang sein Vater auf, tat taumelnd einen Schritt auf Peter zu: „Fort!“ schrie er heiser. „Nach, daß du mir aus den Fingern kommst!“ Die Mutter hielt seinen Arm auf, und Peter wich langsam zurück.

Wie in einem wüsten Traum stapfte er die Treppe hinauf zu sein Zimmer. Warum hatte er das gesagt? Warum

hatte er das seinem Vater gesagt? Und warum geriet sein Vater in maßlose Erregung, wenn davon gesprochen, wenn der Name Thomann genannt wurde? Peter warf sich auf sein Bett und sprang von Unruhe gepeinigt wieder auf. Was war das mit dem Weiber? Was steckte dahinter? Und warum sollte man den Namen Thomann nicht nennen, der sich mit dem Weiber verknüpfte? Er schlief unruhig und suchte am Morgen sofort den alten Hannes auf. Der mußte doch darum wissen und mußte es ihm sagen. „Hannes, was ist es mit dem Weiber?“ war seine erste Frage.

„E Weiber? Was for e Weiber? — De Thomanns? Ich weech vun nix, ich hab keen Zeit!“ wies ihn der Alte grämlich ab. „Geh zu der alte Kagebergern, die weech alles, die kann d'r verzähle, du horchst so nit zu, wann ich verzähl.“

Peter ging beleidigt. Der Alte wollte ihm nichts sagen, das war klar. Also ging er zur „Kagebergern“. Die wußte alles auf zehn Stunden im Umkreis und war froh, wenn sie ihre Weisheit an den Mann brachte. Die „Kagebergern“ war Gretchens Mutter, und hieß eigentlich Hasebergern. Doch alle Welt nannte sie hinter ihrem Rücken Kagebergern, weil ihr Kopf rund und breit geraten war, wie der einer Kage und weil sie leibhaftige Kagenaugen hatte, von denen noch dazu das eine gelbgrün und das andere grau war. Der Vater hatte Peter nie verboten, nach Haseberg zu gehen, er nannte die Kagebergern scherzweise seinen alten Schatz und war guter Laune, wenn Peter Gretchen mitbrachte. Er hieß die kleine Rotblonde nur das Marquischen und erlaubte, daß sie mit am Teetisch saß, wo sie sich gestittet und altklug benahm und zierlich und kokett von den besten Sachen aus-suchte.

„Das wird einmal eine!“ orakelte Alwine, die das Kind nicht leiden konnte, und die Kleine vergalt ihr die Feind-seligkeit, indem sie mit reizendem Lachen sagte: „Fräulein Helene ist viel schöner als Sie!“ Peter wanderte oft nach dem pflüggebeligen Hause der Kagebergern; nur in der letzten Zeit blieb er trohig fern, weil Heinrich häufiger Gast dort war. Vor dem Hause hatte die Alte ein Gärtchen ange-legt, in dem sie nicht nur ihre Gemüse, sondern auch in langen Reihen bunte Blumen zog, besonders Rosen, deren Schönheit sie durch grüne Stangen mit blauen, roten, grünen und gelben Glasugeln zu heben wußte.

„s is e Staat, e wahrhaftiger Staat!“ sagte sie. Die Glasugeln waren ihr Heiligtum, und sie prägte den Kin-dern, auch Peter, die Hochachtung davor so nachdrücklich ein, daß sie nur mit Scheu darum herumgingen.

Die Hasebergern alias Kagebergern, nannte sich gern Witwe, und es sollte sogar ein paar Leute geben, die den seligen Haseberger gefannt haben wollten.

Tatsache war, daß sie mit zwei Mädchen, Rätchen und Gretchen, allein da saß, auf ihrer Hände Arbeit angewiesen, durch die sie sich, allerdings erfolgreich unterstützt von einem gesegneten Mundwerk, ganz leidlich durchs Leben kuschierte. Sie war Näherin, und Peter kannte ihr Zimmer nicht anders, als mit einem Borrat von Stoffen, die sie auf dem einen Fenster aufzustapeln pflegte. In dem kleinen Hause gab es nur eine winzige Küche und zwei große Stuben, alles blitzblank, die Fenster mit weißen Gardinen, bunte Blumen davor, weißgeschuerte Tische und weißer Sand auf dem Boden.

„Keinlichkeit gehört emol bezu“, sagte die Kagebergern, und sie mußte es wissen, denn sie war alt und erfahren genug.

Ihre sehr geräumige Wohnstube war vor allem aus-gezeichnet durch ein bankartiges Kanapee aus der Nach-biedermeierzeit, das furchtbar bodbeinig und rechthaberisch aus-sah und Peter stets ungemein postlerlich vorlam mit seiner kühn geschwungenen eingebildeten Lehne und den eigensinnigen steifen Füßen. Er hätte aber nie gewagt, seine Gefühle für dies Kanapee in Worte zu kleiden, da er sehr gut wußte, daß es der höchste Stolz der Kage-bergern war.

„Ach, des hab ich geschenkt gekriegt!“ seufzte sie. „Ehr wissen ja nit, was alles for Erinnerung in dem Stid Rödel stiden!“

Peter ehrte ihre Empfindungen, nur setzte er sich nicht gern auf das erinnerungsreiche Krachstück. In seiner einen Ecke stand der umfangreiche Nährkorb der Kagebergern und neben dran die Nähmaschine. Stets war ein eigentümlicher, halb bliger, halb scharfer Geruch in der Stube, auch wenn die Fenster offen standen, ein Geruch von der Maschine und den aufgestapelten Futterstoffen.

Peter war mürrisch von zu Hause weggegangen, ohne Kaffee zu trinken, und hoffte in Haseberg zu einem Schäl-chen — „Dippche“ sagte die Hasebergern — zu kommen.

Ein „Dippche“ Kaffee in Haseberg hatte seine besonderen Reize, denn man bekam „Kandlzucker“ hinein anstatt des ge-wöhnlichen Zuckers, und mußte erst lange und beschaulich rühren, ehe man an den Genuß denken konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Abstimmungen zum Haushalt des Justizministeriums.

Nach Ablehnung einiger kommunistischer Anträge werden die Ausschüsse angenommen. Sie betreffen u. a. die Entlassung der Leiter größerer Strafanstalten, damit sie sich dem persönlichen Verkehr mit den Gefangenen mehr widmen können; ferner soll dem Bildungs- und Schulwesen in den Strafanstalten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, unbemittelte Untersuchungsgefangene sollen auf Staatskosten ihren Angehörigen ihre Verhaftung mitteilen dürfen, alle in der Öffentlichkeit gegen Gerichtsurteile oder sonstige richterliche Entscheidungen und Handlungen erhobenen Vorwürfe sollen vom Justizministerium einer Nachprüfung unterzogen werden, und anderes mehr. Ferner wird der Antrag Eier (Jtr.) auf schnellere Erledigung der Verfahren gegen Wucher- und Schieberverbrechen angenommen.

Sobald folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Braun (Soz.): Die Staatsanwaltschaft anzuweisen, die Beschädigung von Rotationsmaschinen durch Wegnahme von Maschinenteilen und andere im Pressegesetz nicht vorgelebene Eingriffe im Druckereibetriebe zu untersuchen. Der Antrag wird mit 216 Stimmen gegen 84 Stimmen angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag über die Auswahl der Richter durch Volkswahl wurde mit 184 Stimmen der Rechtsparteien gegen 128 der Linken abgelehnt. Dagegen wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zulassung der Berufung gegen alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen und Eröffnung des Weges zum Berufungsinstanzamt auf Staatskosten für Kinder minderbemittelter Eltern einstimmig angenommen; ebenso wurde in namentlicher Abstimmung der sozialdemokratische Antrag, daß praktische erfahrene und befähigte Personen außerhalb des vorgeschriebenen Ausbildungsganges durch Ablegung der Gerichtsprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, mit 158 gegen 149 Stimmen angenommen. — Einstimmig wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß der Justizminister auf die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsdienst hinwirkt. Der Antrag auf

Abkündigung der Todesstrafe

wurde in namentlicher Abstimmung mit 175 Stimmen der Rechtsparteien gegen 133 Stimmen der Sozialisten und verschiedener Demokraten abgelehnt. (Langanhaltender Lärm. Pflurufel) Abg. Schulz (Komm.): Die Partei, die bisher die Rächtenlebe gepredigt hat, und immer das höchste Gebot für das Heiligste gehalten hat, ist bei dieser Abstimmung für den Mord eingetreten. (Anhaltender Lärm im Zentrum.)

Danach werden sämtliche kommunistischen und unabhängigen Anträge abgelehnt.

Es folgen

Kleine Anfragen

Auf eine Anfrage der Frau Ege (Soz.), die die Förderung der Jugendarbeiterverbände wünscht und fragt, ob den Arbeiterjugendverbänden ebenso wie den bürgerlichen Vereinen dieselben Mittel bewilligt werden sollen, erklärt Frau Ministerialrat Weber, Unterchiede nach politischer Stellung würden nicht gemacht werden.

Es erfolgt nun die Beratung von Anträgen über Verwaltungsmaßnahmen in dem Westteil von Westpreußen. Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses, wonach der deutsch gebliebene Teil der Weichsel gelegene Teil von Westpreußen als Regierungsbezirk „Westpreußen“ bestehen bleibt. — Ferner ein Antrag auf Zuteilung von Elbing-Stadt und Land, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg zu Ostpreußen.

Endlich wird ein Antrag von Flewe (Dnat.) in Form eines Gesetzesentwurfes angenommen, demzufolge die Provinzial-Landtagsabgeordneten der im vorigen Antrag erwähnten Kreise bis zur gesetzlichen Neuregelung der Kommunalverwaltung und Verwaltung in der Ostmark volles Stimmrecht im Provinziallandtag von Ostpreußen erhalten. — Ein Gesetzesentwurf, wonach die Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf das Landwirtschaftsministerium und das Handelsministerium verteilt werden, soweit der Übergang der Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich diese Zuständigkeiten nicht auf Reichsbehörden übertragen hat, wurde in erster Beratung ohne Aussprache erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Staatsvertrages für den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. Die Vorlage wird angenommen.

Domänen-Haushalt.

Es folgt die Beratung des Domänenhaushalts.

Abg. Weber-Griesheim (Soz.): Das Interesse der Abg. am Haushalt der Domänenverwaltung scheint nach dem Sturz des Dreiklassenparlaments in Preußen reger geworden zu sein. Die Zustände, vor allen Dingen die Behandlung der Landarbeiter auf den Domänen, der Wucher durch Weiterverpachtung der Domänen zu unerhörten Preisen haben einen Grad angenommen, der jeder Beschreibung spottet. Der Wucher mit finanziell Grund und Boden muß unmöglich gemacht werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Gutsbesitzer und Domänenpächter während des Krieges sehr viel Geld verdient hat. So sind z. B. in Ostpreußen 19 Personen wegen Weggabe einer unrichtigen Steuererklärung mit Strafen von zusammen 1 200 000 Mark bestraft worden; darunter befanden sich 16 Landwirte, und das waren meistens noch mittlere Bauern. Man kann sich leicht ein Bild machen, was nun die Domänenpächter und Großgrundbesitzer verdient haben müssen. Wir lehnen die beantragte Aufhebung der Erhöhung der Pachtpreise für Domänen grundsätzlich ab. Wir sind dafür, daß die in Selbstbewirtschaftung befindlichen Domänen gezwungen werden, jährlich eine Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. Vor allen Dingen muß dem Landarbeiter, der noch immer ein Sklave der Besitzenden ist und noch größtenteils mit der Peitsche in der Hand regiert wird, eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden.

Abg. Graw (Jtr.): Auch wir wünschen eine Kontrolle bei der Aufteilung von Domänen und sind für bessere Wohnungen der Arbeiter auf dem Lande.

Abg. Dr. Rauffold (Dnat.): Ich bin ein aufrichtiger Freund der Landarbeiterorganisationen. (Schallendes Gelächter links.) Ganz besonders schädlich war das Wirken des Ministers Braun durch die Herausgabe seiner Nachschußordnung. Wir verlangen deshalb eine schnelle Revision der beanstandeten Verfügung des Ministers Braun.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr: Dreiklassenverzeichnisse, Haushalt des Inneren, Groß-Berlin, Ueberalterungsgesetz. Schluß 6 Uhr.

Verantwortlich: für Politik u. Redaktion: Leo Plebsch, Berlin-Friedrichsberg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaften: Robert Henkel, Berlin; für den Internat. u. schiedliche Mittelungen: Ludwig Komerzner, Charlottenburg. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, z. B. m. B. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. B. H., Berlin G. 2, Breite Str. 5-6.

Ortskarte des AFA-Bundes seien in den nächsten Tagen in den einzelnen Betrieben Sammelstellen des AFA-Bundes in Umlauf. Für Berlin ist das Nähere durch das hiesige Ortskartell, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, zu erfahren.

Vorsicht, Arbeitslose!

Der Metallarbeiterverband teilt uns mit: Arbeitslose werden hiermit gewarnt, Betrüglern in die Arme zu laufen. Vor uns liegen Mitteilungen über Geldbeträge, die Arbeitslosen abgenommen worden sind in Höhe von 200 M. resp. 54,50 M. für bare Auslagen, für Inserate usw. mit der Zusicherung, daß sie jetzt eine Stellung bekommen. Ihr Geld sind sie losgeworden, vielleicht ihre letzten Groschen, aber eine Stellung haben sie nicht bekommen. Also, Augen auf! Benutzt nur die städtischen Arbeitsnachweise resp. die paritätischen.

Zum Streik der Potsdamer Straßenbahner

Die am 30. Juni d. J. tagende Streikversammlung der städtischen Straßenbahner Potsdams nahm von den Verhandlungen, die zwischen dem Magistrat, vertreten durch die Herren Bürgermeister Rauser und Dr. Dehms, und dem Transportarbeiter-Verband geführt wurden, Kenntnis. Die Wiederernehmensbedingungen wurden allseitig abgelehnt, und in gemeinsamer Abstimmung wurde mit 141 gegen 24 Stimmen beschloffen, den Streik um die gestellten fünf Forderungen weiterzuführen. Die Organisation aber erklärte, daß sie jederzeit bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, um den Streik zu beendigen.

U.S.P.-Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes

Am Dienstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, findet im Restaurant „Königsbau“, Gr. Frankfurter Str. 117, eine Konferenz sämtlicher U. S. P.-Funktionäre statt. Delegierte zur Generalversammlung müssen pünktlich erscheinen. Tagesordnung: Unsere Stellung zum Verbandstag in Jena. Ausweis der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Bez.-Verb. Berlin-Brandenburg, U. S. P. D.

Metallarbeiter-Generalversammlungsdelegierte

Alle U. S. P. D.-Delegierte treffen sich am Montag, den 4. Juli, pünktlich 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, zu einer sehr wichtigen Besprechung.

Keine Sonntagsarbeiten in Kaffeehauskonditoreien. Die Arbeit in gewerblichen Bäckereien und Konditoreien ist durch die Verordnung vom 23. November 1918 verboten. Dies gilt für alle Arbeiten und Vorarbeiten in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten aller Art, Warenhäusern, Mühlen und anderen gewerblichen Betrieben zur Herstellung von Bäck- und Konditorwaren. Nach einem neuen Schreiben des Reichsarbeitsministers sind als Gast- und Schankwirtschaften im allgemeinen die Gewerbe anzusehen, die nach § 33 der Gewerbeordnung dazu gehören. Es gilt dies auch dann, wenn eine Konzeptionspflicht nicht besteht. Hierzu rechnet auch der Ausschank von Kaffee. Das Verbot gilt also auch für die sog. Kaffeehauskonditoreien.

Verbandstag der Textilarbeiter

Breslau, 30. Juni.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird Krähgins Beschwerde gegen den Vorstand wegen verweigert Wiederannahme in den Verband der Statutenänderungskommission zur Prüfung überwiegen. Dann erstattet Genosse Brendel den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Danach sind 520 Vertreter anwesend, und zwar 473 männliche und 47 weibliche. Stimmberechtigt sind 478.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung spricht Jäkel über: Der gewerkschaftliche Kampf, die Politik der Gewerkschaften und der Textilarbeiterverband. Jäckels meisterhaftes Referat, das über 2½ Stunden währt, bildet den Höhepunkt der Tagung. Jäkel führt aus: Wenn auch der Kommunismus im Verbandsrat keinen Einfluß besitze, weil die den andern beiden sozialistischen Parteien angehörenden Mitglieder in der Verbandspolitik völlig einig seien, so dürfe man doch die kommunistische Agitation nicht unbeachtet lassen. Von Anfang an seien in der Arbeiterbewegung mehrere Strömungen gewesen und hätten deren Erfolge gelähmt, daher habe man immer nach Einigkeit gerufen und die Gewerkschaften hätten diese besonders gepflegt. Man wolle Meinungsverschiedenheiten im Geiste der Brüderlichkeit austragen, nicht den Andersgerichteten vernichten, sondern aufklären und überzeugen. Die Voraussetzung zu dieser Einigkeit sei natürlich die gemeinsame Weltanschauung und die Ueber einstimmigkeit in den Grundfragen der Taktik. Hier aber stöbe man bei den Kommunisten auf grundsätzliche Gegensätze. Wenn die Kommunisten behaupten, die Gewerkschaften seien Berater am Klassenkampf, so treffe das nicht zu, am wenigsten bei den Textilarbeitern, die, wie die Geschichte beweist, die erbittertesten Kämpfe mit sehr großen Opfern unter schmerzlichen Verhältnissen geführt haben. Der Weg im Klassenkampf sei die

Forderung der demokratischen Fabrik.

Kollektivarbeitsvertrag. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Kontrolle, aber nicht, wie die Kommunisten wollen: Besetzung und Beschlagnahme und Leitung der Fabriken. Solange die Bergeshaftung noch nicht durchgeführt sei, könne man die Unternehmer nicht entbehren. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften sei in Flauen verurteilt worden. Aber man solle nicht immer wieder an dem alten Knochen nagen, sich alte Fehler vorwerfen. Jetzt gelte es, die neuen Wege zu geben, wie sie die Amsterdamer Internationale gewiesen hat. Den Klassenkampf führe man aber nicht, indem man irgendwo einen Bahnhof in die Luft sprengt, oder ein kleines Amtsgericht niederbrennt, sondern indem man die Massen aufklärt, nach einem Ziele in Bewegung bringt, sie zu bewußtem Handeln anleitet mit dem Endziel der Beseitigung der Lohnarbeit. Jäkel spricht sich ausführlich über das russische Problem aus, und er fordert die Kommunisten zur Teilnahme am gewerkschaftlichen Leben auf, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie sich dem Willen der Gesamtheit fügen. Durch die ganze Rede ging ein warmer

Auf zur Einigkeit im Dienste der gesamten Arbeiterschaft.

Darin klang auch die Rede aus, die er mit dem Rufe schloß: Nieder der Kapitalismus! Es lebe die soziale Organisation der Arbeiter. (Allgemeiner, anhaltender Beifall.)

Ein wiederholt eingebrachter Antrag Dölle, Glombika zum Korrespondent zuzulassen, findet nicht genügende Unterstützung.

Danach wird die Unterführungsfrage für die zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge und Resolutionen erledigt. Der Vorsitzende teilt mit, daß Wissell, der heute nachmittag abreisen muß, das Wort zu einigen Ausführungen erbittet. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Wissell schließt sich den Ausführungen Jäckels freudig an und erklärt, das ganze heutige Elend, das insbesondere die Textilarbeiter zu spüren bekommen, sei auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Redner wendet sich gegen die Konsumsteuern, tritt für eine qualitative und quantitative Produktionssteigerung ein und erklärt, unsere Wirtschaft müsse umgestaltet werden. Wissell weist noch auf die Gefahren der Trübsinnigkeit hin, die auch die

Öffentliche Meinung in Erbpacht

nehmen. Nur von Stufe zu Stufe könne man sich dem Endziel nähern.

Damit schließt die heutige Tagung, da der Nachmittag zu einem Dampferausflug auf der Ober nach Wilhelmshafen bei Breslau bestimmt ist.

zu Fall und geriet zum Entsetzen der zahlreichen Fußgänger zwischen Trieb- und Anhängerwagen. Auf die Zurufe der Passanten bremste der Führer der Elektrischen mit solcher Gewalt, daß der Straßenbahnzug fast augenblicklich zum Stehen kam. Man eilte herbei, um den — wie man nicht anders glaubte — Schwerverletzten unter dem Wagen herporzuziehen, als sich dieser ohne jede Hilfe erhob und sich den freudig überraschten Zeugen des Vorfalls völlig unversehrt präsentierte.

Eine Brieftasche verloren. Am 30. Juni abends, ist auf dem Wege vom Lokal Blume, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 62, nach Grünberger Str. 22, eine schwarze Brieftasche mit 400 Mark und wichtigen Papieren verloren gegangen. Der Verlierer ist um so schwerer betroffen, als der Inhalt der Tasche keine einzigen Mittel waren. Nachricht erbeten nach Neue Bahnhofstr. 62 bei Blume.

Gewerkschaftliches

Einkaufsbefehl und Bannmeile gegen Gewerkschaften

Ein interessanter Rechtsfall wurde Mittwoch, den 29. Juni, vor dem Landgericht I verhandelt. Folgender Tatbestand lag dem Fall zugrunde: Die Arbeiter der Möbelfirma Krause, Berlin, Wilhelmstr. 124, streiken seit dem 31. Januar 1921 im Streik. Die Arbeitsniederlegung erfolgte, weil die Firma sich weigerte, die den Holzarbeitern durch Tarifvertrag zugestandene Verdienstmöglichkeit zu gewähren. Sie weigerte sich auch, den durch die Schlichtungskommission gefällten Bedingungen nachzukommen. Vielfache Versuche, diesen Streik durch Verhandlung aus der Welt zu schaffen, scheiterten an der starren Ablehnung der Unternehmer. Die Firma suchte nun durch die Vollstreckung Streikbrecher. Um sich nun an dem Verband schadlos zu halten, hatte die Firma den genialen Einfall, nicht nur die streikenden Arbeiter, sondern auch die Ortsverwaltung Berlin und den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes beim Gericht zu verklagen. Zunächst stellte sie den Antrag, das Gericht möge eine einstweilige Verfügung erlassen, nach welcher den Streikposten untersagt wird, ihre Tätigkeit auszuüben. Sie verlangte weiter, daß um ihren Betrieb eine Bannmeile gezogen werden soll, und zwar im Umkreis von 1½ Kilometern, innerhalb welcher den streikenden Arbeitern der Aufenthalt zu untersagen sei! Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wünschte die Firma die Festsetzung von zwei Wochen Haft. Da der millionenreiche Holzarbeiterverband Geldstrafen für seine Mitglieder ohne weiteres bezahlen würde, deshalb, so verlangte die Firma, sei auf Haftstrafe zu erkennen. Außerdem sollten für jede Uebertretung die zwei Bevollmächtigten der Zahlstelle Berlin, und zwei Vorstandsmitglieder nur je 1 000 Mark Strafe bezahlen.

Genosse Dr. Siegfried Weinberg, der die Interessen des Verbandes wahrnahm, legte dar, daß der Antrag der Firma keine Berechtigung habe. Weinberg führte aus, daß der Artikel 159 der Reichsverfassung immer noch in Geltung sei, und jegliche Beschränkung des Koalitionsrechtes rechtswidrig ist. Es würde eine unerträgliche Zwangsmaßnahme gegen jede Organisation bedeuten, wenn die Koalitionsfreiheit irgendwie beeinträchtigt werden würde. Der Streik hätte seine Ursachen in Lohnunterschieden, und das sei eine Angelegenheit, die die Unternehmer und Arbeiter unter sich abzumachen haben. Alle von Weinberg angeführten Argumente, die in der Literatur der sozialpolitischen Gesetzgebung enthalten sind, kontrastieren mit den von der Firma beantragten Wünschen. Die von der Firma angegebene Belastungszeugen gaben eine eidesstattliche Versicherung ab, daß sie unter falligen Angaben zur Arbeitsaufnahme veranlaßt wurden. Der Rechtsvertreiter der Firma kam schlicht in Verlegenheit und konnte seine Rechtsauffassung nicht begründen, noch weniger sich auf irgend einen Gesetzesparagrafen stützen. Am 6. Juli soll das Urteil verkündet werden, auf das wir dann noch zurückkommen.

Die Unternehmer wittern Morgenluft und möchten nun mit gerichtlichen Einkaufsbefehlen amerikanischen Güte und deutschen — Bannmeilen die Arbeiterschaft niederkämpfen. Daß überhaupt solche Anträge an das Gericht gestellt werden, ist bezeichnend für unsere heutige „Justiz“-Pflege, von der man annimmt, daß sie willfährig genug sei, allen Wünschen des Unternehmertums nachzukommen.

Holzarbeiter zum Verbandstag

Am Mittwoch, den 29. Juni, fand im Gewerkschaftshaus die Fortsetzung der Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes vom 24. Juni statt mit der Tagesordnung: Diskussion über den Bericht vom Verbandstage. Mit einer heftigen Kritik leit Springer (U. S. P. D.) ein und behauptet, es sind nur genehme Kollegen als Delegierte entsandt worden, so daß die Opposition auf dem Verbandstag unterlag. Er wendet sich weiter gegen die gefassten Beschlüsse zu den Arbeitsgemeinschaften usw., und wird darin von keinem Parteigenossen Wagensführer unterstützt. Er erklärt, daß die Fraktion der U. S. P. D. den Kampf aufnehmen wird gegen alle, die nicht auf revolutionären Boden stehen.

Ein Antrag, erst Vertreter der anderen Richtungen zu hören, fand Annahme, und es erhielt Siefeld (S. P. D.) das Wort. Er verteidigte die Beschlüsse des Verbandstages, so auch die Wahl der Beisitzer, die auf dem Verbandstag vorgenommen sind. Daburch würde das Recht aller Kollegen gewahrt werden und nicht immer die gerade in Berlin dominierende Richtung den Ausschlag geben. Siefeld polemisiert weiter gegen Kommunisten und teilweise gegen unsere Genossen. Koll. Boese (U. S. P.) wies auf die Bedeutung der gefassten Beschlüsse für Berlin hin. Die Freiheit, in eine Lohnbewegung einzutreten zu können, ist uns genommen, da erst die Erlaubnis des Vorstandes eingeholt werden muß. Es wird dadurch oft der wichtige Augenblick verpaßt werden. Das Mißtrauen gegen Berlin, das sich bei dem Beschluß über die Wahl der Beisitzer zeigte, ist durch das Verhalten des Koll. Siefeld besonders verstärkt worden. Die großen Ausgaben an Streikunterstützungen sind durch das besonders in Berlin scharfe Unternehmertum hervorgerufen. Die Opposition war nicht schwächer als früher. Auch die U. S. P. wendet sich gegen den Ausschluß der U. S. P. D.-Mitglieder, doch dürfen keine Sonderorganisationen in den Gewerkschaften gebildet werden. Nur durch Einheit der Organisation können Erfolge erzielt werden.

Nach einem Antrag auf Schluß der Diskussion hielt Koll. Freggung das Schlusswort: Kritik an der Haltung der Berliner Delegierten ist nicht geübt worden. Der Kampf muß aufgenommen werden, der gerade in Berlin besonders schwer ist. In der Ausschlußfrage steht F. mit Boese auf gleichem Boden und erklärt, eine feste Haltung gegen den Hauptvorstand sei notwendig.

Nach einer kurzen Erklärung des Koll. Leopold über den schon seit Jahren bestehenden Streit, ob Berlin das Recht haben soll, selbständig Streiks zu proklamieren, wird ein Antrag Wagensführer angenommen, der sich gegen den Beschluß des Hauptvorstandes auf Ausschluß der Koll. Lieske, Stetter und Stuh wendet, die Wiederannahme der Kollegen fordert und es der Verwaltung zur Pflicht macht, mit sämtlichen Zahlstellen des Reiches in Verbindung zu treten, um eine einheitliche Aktion in dieser Sache herbeizuführen.

Nach Erledigung der Wahlen der Beisitzer, Preßkommission, schloß die Versammlung.

Gewerkschaftliche Hilfsaktion für Oberschlesien

Der AFA-Bund hat für die Opfer aus den Wirren in Oberschlesien in seinen sämtlichen Organisationen eine Hilfsaktion eingeleitet. In dem Aufruf wird darauf verwiesen, daß viele Angehörige infolge der letzten Vorgänge ihre Arbeitsstätte oder auch ihre Wohnstätte verlassen mußten und schwere materielle Verluste erlitten haben. Der AFA-Bund appelliert deshalb an die Gewerkschaften und an die Solidarität der Kollegenschaft in den übrigen Reichsgebieten. Die

Der 3. Juli ist Deutschlands Opfertag für Oberschlesien! Oberschlesienhilfswerk